

Betriebs Berater



D3-ZM

39 | 2018

Recht ... Wirtschaft ... Steuern ... USt ... CSR ... DSGVO ... Recht ... Wirtschaft ... Steuern ... Recht ... 24.9.2018 | 73. Jg. Seiten 2241–2304

DIE ERSTE SEITE

Prof. Dr. Dr. Eric Hilgendorf

Der Digitalrat – neuer Treiber für notwendige Strategien?



WIRTSCHAFTSRECHT

Dr. Andreas Sattler, LL.M.

Der Einfluss der Digitalisierung auf das Gesellschaftsrecht | 2243

Ralf Knaier und Lothar Wolff

Die Blockchain-Technologie als Entwicklungsoption für das Handelsregister? | 2253

STEUERRECHT

Dipl.-Finw. (FH) **Dr. Carsten Höink**, RA/StB, und Dipl.-Finw. (FH) **Marcel Hermes**, LL.M., StB

Umsatzsteuer: die elektronische Rechnung – Wunsch und Wirklichkeit | 2263

Prof. Dr. Christian Schwarz, **Dr. Stefan Stein**, StB/FBStR, und **Michael Freudenberg**

Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle: die Relevanz von Daten aus Verrechnungspreissicht | 2267

BILANZRECHT UND BETRIEBSWIRTSCHAFT

Prof. Dr. Bernhard Pellens, **Denisa Lleshaj**, M. Sc., und **Christina Stappert**, M. Sc., WPIn

Umsetzung der CSR-Richtlinie bei den HDAX-Unternehmen | 2283

Dipl.-Kfm. **Jens Berger**, CPA, und **Dr. Felix Fischer**, StB

Bilanzierung von Cloud-Softwareverträgen nach IFRS | 2288

ARBEITSRECHT

Thomas Faas, RA/FAArbR, und **Dr. Maren Henseler**, RAin

Speicherdauer und Aufbewahrungsfristen unter der DSGVO | 2293

Schwerpunktheft
Digitalisierung

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

2241

Würdigung

Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen und der Betriebs-Berater – Verlag und Redaktion sagen „Danke“ für 50 Jahre vertrauensvolle Zusammenarbeit

Entscheidungen

EuGH: Weitergabe vertraulicher Informationen bei Zwangsabwicklung eines Kreditinstituts (13.9.2018 – C-594/16)

EuGH: Erlass eines Zahlungsbefehls wegen eines Anspruchs aus einem Verbraucherkreditvertrag sichernden Eigenwechsels (13.9.2018 – C-176/17)

LG Frankfurt a. M.: Zulässigkeit von Facebook-Sperren bei Hassrede (10.9.2018 – 2-03 O 310/18)

Verwaltung

EU-Kommission: Prüfung möglicher Absprachen zwischen Kfz-Herstellern über Emissionsminderungssysteme eingeleitet

Verbände

vzbv/ADAC: Einreichung der ersten Musterfeststellungsklage angekündigt

Aufsätze

Dr. Andreas Sattler, LL.M. (Nottingham)

Der Einfluss der Digitalisierung auf das Gesellschaftsrecht

Die Digitalisierung beeinflusst viele Lebens- und Rechtsbereiche, und zwar infolge der ubiquitären Datenverarbeitung auch solche, die bislang weniger durch technologischen Wandel beeinflusst wurden, darunter auch das Gesellschaftsrecht. Betrachtet man den Einfluss der Digitalisierung auf das Gesellschaftsrecht, so lassen sich zwei Schwerpunkte unterscheiden: Zum einen besteht das Potential, Transaktionskosten zu verringern, indem die rechtlichen Regeln für die Gesellschaftsgründung, Umwandlung, Verschmelzung oder Spaltung sowie für die Kommunikation und den Entscheidungsprozess in Unternehmen effizienter gestaltet werden. Zum anderen fordert die Digitalisierung die rechtsgestaltende Funktion des Gesellschaftsrechts heraus.

Ralf Knaier und Lothar Wolff

Die Blockchain-Technologie als Entwicklungsoption für das Handelsregister?

Das deutsche Registersystem gilt, sowohl was das Handelsregister betrifft, als auch in Sachen Grundbuchrecht als sehr zuverlässig und rechtssicher. Doch auch vor diesem Bereich macht die allgegenwärtige Diskussion um eine Modernisierung und Digitalisierung des Rechts nicht halt. Während für das Grundbuch schon die Fruchtbarmachung der Blockchain-Technologie angedacht und in manchen Staaten sogar (probeweise) realisiert wurde, befinden sich die Überlegungen zu den Anwendungsmöglichkeiten dieser Technologie für das Handelsregisterwesen noch in den Anfängen. Der Beitrag geht daher der Frage nach, inwiefern ein Einsatz der Blockchain-Technologie eine Entwicklungsoption für das deutsche Handelsregister darstellen kann, und beleuchtet hierbei die verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung der (handels-)registerrechtlichen Anforderungen.

Entscheidung

EuGH: Verbrauchervertrag – Angebot einer Kundendienstkurzwahlnummer zu einem höheren Tarif als dem Grundtarif (13.9.2018 – C-332/17)

Steuerrecht

Die Woche im Blick

2261

Entscheidungen

EuGH-Schlussanträge: Versagung der Steuerbefreiung der Einfuhr aufgrund späterer Mehrwertsteuerhinterziehung des Erwerbers bezüglich der eingeführten Gegenstände (6.9.2018 – C-531/17)

EuGH-Schlussanträge: Mehrwertsteuer-Sonderregelung für Reisebüros (5.9.2018 – C-552/17)

BFH: Verlust aus der Veräußerung von Aktien (12.6.2018 – VIII R 32/16)

BFH: Zum Rechnungsmerkmal „vollständige Anschrift“ bei der Ausübung des Rechts auf Vorsteuerabzug (13.6.2018 – XI R 20/14)

BFH: Zur Umsatzsteuerbefreiung von Subunternehmerleistungen im Bereich der ambulanten Eingliederungshilfe (13.6.2018 – XI R 20/16)

FG Köln: IFG/BDSG – Kein Auskunftsanspruch hinsichtlich der vom BZSt geführten Datensammlung über steuerliche Auslandsbeziehungen (IZA) (15.5.2018 – 2 K 438/15)

FG Köln: Schätzung bei fehlenden Organisationsunterlagen eines Mehrfilialbetriebs mit sog. „proprietaem“ Kassensystem (6.6.2018 – 15 V 754/18)

Aufsätze

2143

Dipl.-Finw. (FH) **Dr. Carsten Höink, RA/StB,** und Dipl.-Finw. (FH) **Marcel Hermes, LL.M., StB**

Umsatzsteuer: die elektronische Rechnung – Wunsch und Wirklichkeit

Rechnungen auf elektronischem Wege zu versenden, wäre in unserer digitalisierten Welt eigentlich eine Normalität. Auch die öffentliche Hand möchte mit dem E-Government-Gesetz auf E-Rechnungen umstellen. Bereits zum 1.7.2011 wurde der sog. dritte Weg ermöglicht, welcher (zumindest) in den Fällen, in denen eine Rechnung für den Vorsteuerabzug benötigt wird, die Hürde des Erfordernisses eines EDI-Verfahrens oder der qualifizierten elektronischen Signatur abschaffte. Fast acht Jahre später hat sich aber die elektronische Rechnung noch nicht als Standardabrechnung zwischen Unternehmern etabliert. Trotz der aktuellen höchstrichterlichen Entscheidungen zu den Rechnungsanforderungen für den Vorsteuerabzug (BFH, 21.6.2018 – V R 25/15 und V R 28/16) bleibt die Rechnung für diesen essenziell. Der Beitrag gibt eine kurze Zusammenfassung und zeigt zudem auf, wo es vertrauensbildender Maßnahmen der öffentlichen Hand und insb. der Finanzverwaltung bedarf.

Prof. Dr. Christian Schwarz, Dr. Stefan Stein, StB/FBIStR, und **Michael Freudenberg**

Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle: die Relevanz von Daten aus Verrechnungspreissicht

Die Bedeutung von Daten für (digitale) Geschäftsmodelle ist aus der Verrechnungspreisperspektive von großer Bedeutung. Bspw. kann die Qualität von Daten im Rahmen einer Verrechnungspreisanalyse zu beurteilen sein. Hierzu wird im Beitrag ein konzeptioneller Rahmen vorgestellt (CRISP-DM Ansatz). Dieser wird durch konkrete Bewertungskriterien für die Datenqualität vervollständigt, die dann bei der Wertschöpfungsbeitragsanalyse hilfreich sein können.

Entscheidungen

BFH: Vertrieb einer Ware oder Dienstleistung i. S. des § 8 Abs. 3 EStG (26.4.2018 – VI R 39/16)

BFH: Kraftfahrzeugsteuer bei sog. Registrierzulassungen (14.6.2018 – III R 26/16)

FG Köln: Absagen von Kollegen zur Weihnachtsfeier (27.6.2018 – 3 K 870/17 – dazu BB-Kommentar von **Dennis Janz, LL.M., StB**)

2260

USt

2263

2266

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

2281

Rechnungslegung

IFRS: IFRS-Taxonomie Linkbase 2018

EFRAG: Endorsement Status Report

DRSC: Bericht über die 39. Sitzung des HGB-FA vom 13.9.2018 in Berlin

DRSC: Mitschnitt der Telefonkonferenz des IFRS-FA zur Klarstellung DRSC Interpretation 4 (IFRS)

FinMin BW: Einsatz für Anhebung der Abschreibungsgrenze für Unternehmen

Wirtschaftsprüfung

IDW: Hinweise zur Anwendung der Heubeck-Richttafeln

WPK: Praxishinweis Abschlussprüfung

WPK: Praxisbörse im Internet gestartet

Betriebswirtschaft

Bitkom: Unternehmen setzen verstärkt auf Digitalisierungsteams

Bitkom: Jedes vierte Unternehmen hat noch keine einzige Akte digitalisiert

Aufsätze

Prof. Dr. Bernhard Pellens, Denisa Lleshaj, M.Sc., und Christina Stappert, M.Sc., WPIn

Umsetzung der CSR-Richtlinie bei den HDAX-Unternehmen

Am 31.3.2017 wurde das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung von Unternehmen in ihren (Konzern-)Lageberichten verabschiedet. Die betroffenen Unternehmen sind verpflichtet, für Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.2016 beginnen, über die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf die Umwelt, Arbeitnehmer- und Sozialbelange weitgehende Informationen zu liefern. In Deutschland sind ca. 550 Unternehmen von der Berichtspflicht betroffen. In dem Beitrag wird die erstmalig verpflichtende CSR-Berichterstattung in den 110 HDAX-Unternehmen analysiert. Untersuchungspunkte umfassen die Nutzung der Berichtsvarianten, die Nutzung der Rahmenwerke, die Prüfung durch den Aufsichtsrat (Beauftragung externer Prüfer, Prüfungsintensität) sowie die Veränderungen in der freiwilligen Nachhaltigkeitsberichterstattung.

2288

Dipl.-Kfm. **Jens Berger, CPA, und Dr. Felix Fischer, StB**

Bilanzierung von Cloud-Softwareverträgen nach IFRS

Cloud Computing hat in den letzten Jahren einen zunehmenden Stellenwert in den IT-Planungen der Unternehmen eingenommen. Die damit verbundenen Investitionen und weiteren Kosten rücken das Cloud Computing verstärkt in den Fokus der Bilanzierung. Im Beitrag werden kurz die technologischen Grundlagen und die in der Praxis anzutreffenden vertraglichen Ausgestaltungen skizziert. Im Anschluss daran werden am Beispiel von Software-as-a-Service-Verträgen die bilanziellen Fragestellungen nach International Financial Reporting Standards (IFRS) erörtert.

Neuerscheinung Buch

Rammert/Hommel/Wüstemann, Konzernbilanzierung case by case

Lösungen nach HGB und IFRS

6. Auflage 2018, 386 Seiten, Kt., € 38,90

ISBN: 978-3-8005-0018-5 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

2291

Entscheidungen

BAG: Freistellung eines Konzernbetriebsratsmitglieds (23.5.2018 – 7 ABR 14/17)

BAG: Arbeitsvertragliche Ausschlussfristen bei Mindestlohn (18.9.2018 – 9 AZR 162/18)

LAG Berlin-Brand.: Befristung einer wissenschaftlichen Hilfskraft (5.6.2018 – 7 Sa 143/18)

LAG Berlin-Brand.: Programmgestaltendes Merkmal bei Kameramann in Rundfunkanstalt (13.4.2018 – 2 Sa 1565/17)

Aufsatz

Thomas Faas, RA/FAArbR, und Dr. Maren Henseler, RAIn

2293

Speicherdauer und Aufbewahrungsfristen unter der DSGVO

Seit dem 25.5.2018 gilt die Datenschutz-Grundverordnung verbindlich in allen EU-Mitgliedstaaten. Nach dem Grundsatz der Speicherbegrenzung dürfen personenbezogene Daten nur so lange gespeichert werden, wie dies für die Erfüllung rechtmäßiger Verarbeitungszwecke erforderlich ist. Dieses Verarbeitungsprinzip gilt nicht nur für die Daten von Kunden und Lieferanten, sondern auch für die Daten von Arbeitnehmern. Unternehmen haben bei der Entwicklung eines Löschkonzepts für Arbeitnehmerdaten gesetzliche Aufbewahrungspflichten aus zahlreichen Vorschriften im Arbeits-, Sozialversicherungs- und Steuerrecht zu berücksichtigen. Dieser Beitrag beleuchtet die Voraussetzungen der Löschungsverpflichtung bzw. Aufbewahrungsbefugnis und gibt einen Überblick über wichtige praxisrelevante Anwendungsfälle.

Entscheidungen

BAG: Auskunftsanspruch des Betriebsrats bei Aktienoptionen (20.3.2018 – 1 ABR 15/17 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Moritz Mentzel, RA**)

2298

BAG: Kein zusätzlicher Verzugschaden wegen verspäteter Lohnzahlungen nach SGB II

2302

(17.1.2018 – 5 AZR 205/17 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Christoph Bergwitz, RA/FAArbR**)



BB-Fachkonferenz Anzeigenpflicht für Steuergestaltungen

17. Oktober 2018 | dfv Mediengruppe, Frankfurt a. M.

veranstaltungen.ruw.de/anzeigepflicht

Die Erste Seite

Prof. Dr. Dr. Eric Hilgendorf

Der Digitalrat – neuer Treiber für notwendige Strategien?

Impressum/Vorschau

VIII

DB-Z325

In dieser Ausgabe:

• ZInsO-Aufsätze

Der entrechtete Kommanditist (S. 2117)

von Rechtsanwältin Dr. Gitta Werner, LL.M., Andernach

Auskunfts- und Mitwirkungspflichten des Geschäftsführers in der Eigenverwaltung und im Insolvenzplanverfahren (S. 2124)

von Rechtsanwältin Katrin Schröder, LL.M. corp. restruc., Düsseldorf

„Insolvenzverfahren 4.0“ – Dringende Notwendigkeiten und nicht ausreichende Vorschläge (S. 2126)

von Richter am Amtsgericht Frank Frind, Hamburg

Sanierungsklausel, Sanierungserlass und ihre Nachfolgeregelungen – Neues vom Gesetzgeber (S. 2131)

von Rechtsanwalt/Fachanwalt für Steuerrecht/Steuerberater Dr. Jan de Weerth, Frankfurt/M.

• ZInsO-Rechtsprechungsreport

Anforderungen an den Nachweis einer behaupteten Entreicherung des Anfechtungsgegners (S. 2133)

OLG Dresden, Endurt. v. 29. 6. 2016 – 13 U 1665/15

Insolvenzverschleppungshaftung: Darlegung des Insolvenzgrundes und des negativen Interesses und entgangenen Gewinns (S. 2137)

OLG Hamm, Beschl. v. 25. 6. 2018 – 9 U 161/17

Wirksamkeitsvoraussetzungen für eine Rangrücktrittsvereinbarung; Eröffnung des Insolvenzverfahrens als Haftungsvoraussetzung bei § 64 Abs. 2 GmbHG a.F. (S. 2138)

OLG Karlsruhe, Urt. v. 12. 9. 2017 – 8 U 97/16

Begrenzung von Beschlussfassungen einer Publikums-KG im schriftlichen Umlaufverfahren (S. 2153)

OLG Hamburg, Beschl. v. 1. 2. 2018 und v. 15. 3. 2018 – 11 U 222/17

(Keine) Äquivalente Bemessung des Arbeitslosengeldes I bei kündigungsbedingter Freistellung des Arbeitnehmers (S. 2155)

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 29. 6. 2018 – L 8 AL 27/18

(Keine) Geschäftsgebühr in der Beratungshilfe wegen Informationsbeschaffung zur „Löschung von Daten des Insolvenzverfahrens aus dem Internet“ gegenüber bislang unbekannter und im Ausland ansässiger Internetfirma (S. 2158)

LG Düsseldorf, Beschl. v. 26. 7. 2018 – 25 T 368/18

Keine sofortige Beschwerde gegen erstinstanzliche Entscheidungen eines Landgerichts über Prozesskostenhilfe für die Berufungsinstanz (S. 2164)

OLG Bremen, Beschl. v. 1. 6. 2018 – I W 6/18



Michael Bretz

RA Dr. Christian Brünkmans

RA Dr. Jan de Weerth

Prof. Dr. Ulrich Foerste

RA Dr. Michael C. Frege

RiAG Frank Frind

RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein

Prof. Dr. Hugo Grote

RA Dr. Andreas Henkel

WP/StB Michael Hermanns

Prof. Dr. Heribert Hirte

RiAG Martin Horstkotte

Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber

RA Peter J. Hütten

RA Dr. Karen Kuder

RA Dr. Norbert Küpper

RiAG Dr. Peter Laroche

Prof. Dr. Wolfgang Marotzke

PD Dr. Sebastian Mock

RA Dr. Patrick Mückl

Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser

RA Dr. Manfred Obermüller

Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit

RA Prof. Dr. Klaus Pannen

RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape

RA Dr. Christoph Poertzen

RA Stephan Ries

Prof. Dr. Thomas Rönnau

Prof. Dr. Jessica Schmidt

RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn

RiBGH a.D. Gerhard Vill

OSTA Raimund Weyand

Schriftleiter:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer

Inhaltsverzeichnis

ZInsO-Aktuell

ZInsO-Beilage: Insolvenzreport 39/2018

ZInsO-Aufsätze

Der entrechtete Kommanditist	2117
<i>von Rechtsanwältin Dr. Gitta Werner, LL.M., Andernach</i>	
Auskunfts- und Mitwirkungspflichten des Geschäftsführers in der Eigenverwaltung und im Insolvenzplanverfahren	2124
<i>von Rechtsanwältin Katrin Schröder, LL.M. corp. restruc., Düsseldorf</i>	
„Insolvenzverfahren 4.0“ – Dringende Notwendigkeiten und nicht ausreichende Vorschläge	2126
<i>von Richter am Amtsgericht Frank Frind, Hamburg</i>	
Sanierungsklausel, Sanierungserlass und ihre Nachfolgeregelungen – Neues vom Gesetzgeber	2131
<i>von Rechtsanwalt/Fachanwalt für Steuerrecht/Steuerberater Dr. Jan de Weerth, Frankfurt/M.</i>	

ZInsO-Bücher- und Zeitschriftenreport

In dieser Rubrik geben wir eine Übersicht über die wichtigsten und interessantesten Veröffentlichungen aus dem Bereich des Insolvenzrechts	2133
--	------

ZInsO-Rechtsprechungsreport

Entscheidungsreport

• Insolvenzrecht

Anforderungen an den Nachweis einer behaupteten Entreicherung des Anfechtungsgegners	2133
<i>OLG Dresden, Endurt. v. 29. 6. 2016 – 13 U 1665/15</i>	
Gerichtsstand für Klagen eines Insolvenzverwalters gegen einen Treugeber-Kommanditisten	2136
<i>OLG Hamburg, Beschl. v. 22. 8. 2018 – 11 AR 13/18</i>	
Insolvenzverschleppungshaftung: Darlegung des Insolvenzgrundes und des negativen Interesses und entgangenen Gewinns	2137
<i>OLG Hamm, Beschl. v. 25. 6. 2018 – 9 U 161/17 (im Anschluss an: Hinweisbeschl. v. 17.4.2018 – 9 U 161/17, ZInsO 2018, 1678)</i>	
Wirksamkeitsvoraussetzungen für eine Rangrücktrittsvereinbarung; Eröffnung des Insolvenzverfahrens als Haftungsvoraussetzung bei § 64 Abs. 2 GmbHG a.F.	2138
<i>OLG Karlsruhe, Urt. v. 12. 9. 2017 – 8 U 97/16</i>	
Gewerbeuntersagung gegen GmbH-Geschäftsführer wegen Unzuverlässigkeit	2142
<i>OVG NRW, Beschl. v. 2. 7. 2018 – 4 A 987/17</i>	
Verfassungsrechtliche Zweifel an Säumniszuschlägen bei Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit	2144
<i>FG München, Beschl. v. 13. 8. 2018 – 14 V 736/18</i>	
Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis eines Kommanditisten zur Erlangung von Auskünften gegen den Insolvenzverwalter	2147
<i>LG Bremen, Beschl. v. 7. 8. 2018 – 6 O 1247/18</i>	
Abgrenzung Masseschuld von Insolvenzschild bei Gewerbesteuer; vorläufige/eröffnete Insolvenz	2148
<i>LG Konstanz, Urt. v. 16. 7. 2018 – 8 O 19/17 KfH</i>	
Titelanforderungen an die Vorlage einer Insolvenztabelle in Verfahren nach §§ 171, 172 HGB	2150
<i>LG Rottweil, Urt. v. 10. 8. 2018 – 4 O 13/17</i>	
• <u>Gesellschaftsinsolvenzrecht</u>	
Begrenzung von Beschlussfassungen einer Publikums-KG im schriftlichen Umlaufverfahren	2153
<i>OLG Hamburg, Beschl. v. 1. 2. 2018 und v. 15. 3. 2018 – 11 U 222/17</i>	



• **Arbeits- und Sozialrecht**

(Keine) Äquivalente Bemessung des Arbeitslosengeldes I bei kündigungsbedingter Freistellung des Arbeitnehmers. 2155
LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 29. 6. 2018 – L 8 AL 27/18

• **Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung**

(Keine) Geschäftsgebühr in der Beratungshilfe wegen Informationsbeschaffung zur „Löschung von Daten des Insolvenzverfahrens aus dem Internet“ gegenüber bislang unbekannter und im Ausland ansässiger Internetfirma 2158
LG Düsseldorf, Beschl. v. 26. 7. 2018 – 25 T 368/18

Reichweite einer in England erlangten Restschuldbefreiung; Vollstreckungshindernis für öffentliche Abgabenbescheide 2159
VG Greifswald, Urt. v. 20. 6. 2018 – 3 A 1365/16 HGW

• **Verfahrensrecht**

Keine sofortige Beschwerde gegen erstinstanzliche Entscheidungen eines Landgerichts über Prozesskostenhilfe für die Berufungsinstanz 2164
OLG Bremen, Beschl. v. 1. 6. 2018 – 1 W 6/18

Negative Feststellungsklage gegen den Insolvenzverwalter zur Forderungsabwehr nach Insolvenzanfechtung: Verweisung der am allgemeinen Gerichtsstand erhobenen Klage an das für die Leistungsklage des Insolvenzverwalters auf Rückgewähr örtlich zuständige Gericht. 2164
OLG des Landes Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 14. 8. 2017 – 1 W 10/17

Kostenfestsetzung nach Klagerücknahme: Antragsbefugnis für den prozessualen Kostenerstattungsanspruch des beklagten Insolvenzschuldners 2166
OLG SchlH, Beschl. v. 17. 7. 2017 – 7 W 19/17

Wiederaufnahme des sozialversicherungsrechtlichen Klageverfahrens gegen angefochtenen Prüfbescheid durch Rentenversicherungsträger: Streitwertfestsetzung anhand Stufenstreitwert (= Festsetzung des für die Gerichtsgebühren maßgeblichen Werts vor und ab Aufnahme des Rechtsstreits gegen den Insolvenzverwalter mit unterschiedlicher Streitwerthöhe) 2166
LSG Sachsen, Beschl. v. 29. 6. 2018 – L 1 KR 167/18 B

Mit dieser Ausgabe verteilen wir eine Beilage der Verlag C.H. Beck oHG.

Wir bitten um freundliche Beachtung.

HERAUSGEBER

Herausgeber:

Prof. Dr. Christian Berger • RA Dr. Susanne Berner • Michael Bretz • RA Dr. Christian Brunkmann • RA Dr. Jan de Weerth • Prof. Dr. Ulrich Foerste • RA Dr. Michael C. Frege • RiAG Frank Frind • RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Dr. Andreas Henkel • WP/StB Michael Hermanns • Prof. Dr. Heribert Hirte • RiAG Martin Horstkotte • Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber • RA Peter J. Hütten • RA Dr. Karen Küder • RA Dr. Norbert Küpper • RiAG Dr. Peter Laroche • Prof. Dr. Wolfgang Marotzke • PD Dr. Sebastian Mock • RA Patrick Mückl • Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser • RA Dr. Manfred Obermüller • Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit • RA Prof. Dr. Klaus Pannen • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • RA Dr. Christoph Poertzen • RA Stephan Ries • Prof. Dr. Thomas Rönnau • Prof. Dr. Jessica Schmidt • RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn • RiBGH a.D. Gerhard Vill • OStA Raimund Weyand

Schriftleitung:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer

Gründungsherausgeber:

RiBGH a.D. Hans-Peter Kirchhof • Vors. RiBGH a.D. Dr. Gerhart Kreft • Vors. RiLAG a.D. Ernst-Dieter Berscheid • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • Prof. Udo Hintzen • Prof. Dr. Heribert Hirte • RA Dr. Manfred Obermüller • RA Wolfgang Wutzke • RA Dr. Karsten Förster • Michael Bretz • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Martin Notthoff • Dipl.-Kfm./StB Gerd Scholten • OStA Raimund Weyand

Urheber- und Verlagsrechte:

Annahme nur von Originalaufsätzen, die ausschließlich dem Verlag zur Alleinverwertung in allen Medien angeboten werden. Mit der Annahme des Manuskripts durch den Verlag überträgt der Autor dem Verlag für die Dauer von vier Jahren das ausschließliche, danach das einfache Nutzungsrecht. Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere auch die Befugnis zur Einspeicherung in Datenbanken sowie zur weiteren Vervielfältigung im Wege fotomechanischer oder elektronischer Verfahren, einschl. Disketten, CD-ROM, DVD und Online-Diensten.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages unzulässig.

IMPRESSUM

Wolters Kluwer Deutschland GmbH
 Carl Heymanns Verlag
 Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
<http://www.insolvenzrecht.jurion.de>

Kundenservice: (0 26 31) 801-22 22

Erscheinungsweise: wöchentlich

Anzeigenverkauf: Janosch Kleibrink
 Telefon: (02 21) 9 43 73-77 19
 E-Mail: Janosch.Kleibrink@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Karin Odening
 Telefon (02 21) 9 43 73-77 60
 E-Mail: anzeigen@wolterskluwer.com

Schriftleiter: Rechtsanwalt Prof. Dr. iur. Hans Haarmeyer
 E-Mail: hans.haarmeyer@t-online.de
 Manuskripte erbeten an den Schriftleiter

Redaktion: Anke Losch, Nikola Höltker, Kathrin Gehrlein
 Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
 Telefon: (02 21) 9 43 73-70 69
 E-Mail: ZInsO.redaktion@wolterskluwer.com

Bezugspreis zzgl. Versandkosten
 (monatlich im Voraus): € 62,40
 Preis für das Einzelheft: € 27,00

Kündigungsfrist:
 6 Wochen zum Ende des Bezugsjahres

Herstellung: Williams Lea & Tag GmbH, München

ISSN 1615-8032

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler,
Köln/Dresden/München

(Geschäftsführender Herausgeber)

Prof. Dr. Reinhard Bork, Hamburg

Prof. Dr. Wolfgang Lücke, Dresden

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting,
Köln

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt,
Hamburg

Robert Freitag

Fernabsatz von Bankdienstleistungen
im Digitalkanal

S. 1805

Oliver L. Knöfel

Strukturprobleme der D&O-Exzedenten-
versicherung

S. 1814

EuGH, 11. 9. 2018

Diskriminierung durch Kündigung eines
katholischen Chefarztes durch katholisches
Krankenhaus wegen erneuter Eheschließung

S. 1848

BGH, 5. 7. 2018

Erbgangsgleiche Gesamtrechtsnachfolge bei
Ausscheiden eines Gesellschafters aus zwei-
gliedriger Personenhandelsgesellschaft

S. 1826

BGH, 3. 7. 2018

Kein rechtliches Interesse des Gesellschafters
am Beitritt zum Rechtsstreit bei Zahlungs-
klage der Gesellschaft gegen Nichtgesell-
schafter

S. 1828

OLG Stuttgart, 2. 8. 2018

Unzulässigkeit einer an den Zeitpunkt des
Vertragsabschlusses anknüpfenden Kündi-
gungsklausel in AGB einer Bausparkasse

S. 1823

FG Düsseldorf, 17. 5. 2018

Gewinnbesteuerung beim Gesellschafter
einer insolventen Personengesellschaft
nur ausnahmsweise unbillig

S. 1843



39. Jahrgang
Heft 38
21. September 2018

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

EuGH zur Pflicht der Finanzaufsichtsbehörden zur Wahrung des Berufsgeheimnisses	A 73	Nr. 245
EuGH zur zuständigen Sozialversicherung bei Entsendung von Arbeitnehmern	A 73	Nr. 246
BGH: EuGH-Vorlage zur Haftung von YouTube für Urheberrechtsverletzungen	A 73	Nr. 247
BFH zur Verlustberücksichtigung bei Aktienveräußerung	A 74	Nr. 248
OLG Stuttgart: Haftung der Sarasin-Bank für Anlageberatung ...	A 74	Nr. 249
BMJV: RefE zur Stärkung des fairen Wettbewerbs	A 74	Nr. 250

Aufsätze

<i>Robert Freitag, Erlangen-Nürnberg</i>	Fernabsatz von Bankdienstleistungen im Digitalkanal	1805
<i>Oliver L. Knüfel, Frankfurt/O.</i>	Strukturprobleme der D&O-Exzedentenversicherung	1814

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

OLG Stuttgart	2. 8. 2018 – 2 U 188/17	Unzulässigkeit einer an den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses anknüpfenden Kündigungsklausel in AGB einer Bausparkasse	1823
---------------	-------------------------	---	-------------

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

BGH	5. 7. 2018 – V ZB 10/18	Erbgangsgleiche Gesamtrechtsnachfolge bei Ausscheiden eines Gesellschafters aus zweigliedriger Personenhandelsgesellschaft	1826
BGH	3. 7. 2018 – II ZB 28/16	Kein rechtliches Interesse des Gesellschafters am Beitritt zum Rechtsstreit bei Zahlungsklage der Gesellschaft gegen Nichtgesellschafter	1828
FG Neustadt a.d. Weinstraße	15. 6. 2018 – 3 K 1568/15	Kein gesellschaftsvertraglich vorgesehenes Ausscheiden eines insolventen Gesellschafters aus KG bei gleichzeitiger Insolvenzeröffnung über KG und sämtliche Gesellschafter	1830

Insolvenz- und Sanierungsrecht

BFH	11. 4. 2018 – X R 39/16	Zur Bezeichnung des Insolvenzverwalters in einem Steuerbescheid	1833
OVG Hamburg	8. 2. 2018 – 3 Bf 107/17	Kein Anspruch des Insolvenzverwalters auf Einsicht in das Steuerkonto und die Vollstreckungsakte des Schuldners	1837
FG Düsseldorf	17. 5. 2018 – 15 K 1458/17 E, AO	Gewinnbesteuerung beim Gesellschafter einer insolventen Personengesellschaft nach Verfahrenseröffnung nur ausnahmsweise unbillig	1843

Arbeits- und Sozialrecht

EuGH	11. 9. 2018 – Rs C-68/17	Diskriminierung durch Kündigung eines katholischen Chefarztes durch katholisches Krankenhaus wegen erneuter Eheschließung nach Scheidung („IR“)	1848
BAG	23. 1. 2018 – 9 AZR 200/17 +	Zur Rundung von Bruchteilen von Urlaubstagen (LS)	1852

CORPORATE FINANCE

DB-Z15

» Finanzierung • Kapitalmarkt • Bewertung • Mergers

Herausgeber: Prof. Dr. Christian Aders • Prof. Dr. Alexander Bassen • Prof. Dr. Dirk Honold (Schriftleitung) • Norbert Henrichler • Prof. Dr. Christoph Kaserer • Dr. Jens Kengelbach • Dr. Hans-Dieter Klein • Prof. Dr. Jens Leker • Prof. Dr. Reinhard Meckl • Dr. Klaus-Michael Menz • Dr. Ingo Natusch • Prof. Dr. Klaus Röder • Prof. Dr. Dirk Schiereck • Prof. Dr. Bernhard Schwetzler

FINANZIERUNG

- Christian Hirte*
„INVEST – Zuschuss für Wagniskapital“ – ein Angebot für private Investoren in Start-ups 253
- Maximilian Degenhart/Philipp Degenhart*
Mitarbeiterkapitalbeteiligung als alternative Form der Mittelstandsfinanzierung 256
- Peter Nippel/Paul Plewa*
Kapitalerhöhung, Vermögensverschiebungen und Schutz vor Vermögensverlusten bei GmbHs und nicht börsennotierten AGs 263

KAPITALMARKT

- Frank Lehrbass/Michael Weißer*
Determinanten der Wertentwicklung von Bitcoins 270
- Stefan Schmid/Frederic Altfeld/Tobias Dauth*
Neuberufungen von DAX-30-Vorständen und -Aufsichtsräten: Wie reagiert der Aktienmarkt auf den Dokortitel von Topmanagern? 276
- Alexander Götz/Moritz Stahl*
Vorstandsvergütung im DAX und MDAX 2017 283

BEWERTUNG

- Rudolf Böck/Thomas Straßer/Ronald Storp/Simon Bosch*
Die Ableitung der Marktrisikoprämie – auch eine Frage des risikofreien Zinssatzes 288
- Christian Zwirner/Gregor Zimny*
Kapitalisierungszinssätze in der Unternehmensbewertung 295
- Benjamin Hammer/Bernhard Schwetzler/Alexander Lahmann*
Multiples und Beta-Faktoren für deutsche Branchen 301

MERGERS & ACQUISITIONS

- Peter Seppelfricke*
Die Bewertung und Beurteilung von Überkreuzbeteiligungen 306

Im Abonnement enthalten:

Owlit
Suchen. Finden. Wissen.

Handelsblatt
FACHMEDIEN

FINANZIERUNG

Standpunkt

„INVEST – Zuschuss für Wagniskapital“ – ein Angebot für private Investoren in Start-ups

Christian Hirte, Bonn

In Deutschland gibt es nach wie vor zu wenig Wagniskapital. Im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern beteiligen sich noch zu wenige Menschen mit unternehmerischem Hintergrund als Business Angel an jungen innovativen Unternehmen. Hier setzt das Förderprogramm „INVEST“ an.

CF1280168

S. 253

Mittelstandsfinanzierung

Mitarbeiterkapitalbeteiligung als alternative Form der Mittelstandsfinanzierung

Dr. Maximilian Degenhart, München / Dr. Philipp Degenhart, M.Sc., Nürnberg

Der Beitrag befasst sich mit einer alternativen Form der Unternehmensfinanzierung, mit der das Eigenkapital gestärkt und die Passivseite diversifiziert werden kann: der Mitarbeiterkapitalbeteiligung. Die Mitarbeiter dienen hierbei als zusätzliche Kapitalquelle, haben jedoch keine Kontroll-, Mitbestimmungs- oder Informationsrechte. Gleichzeitig werden Mitarbeiter an das Unternehmen gebunden.

CF1269353

S. 256

Kapitalmaßnahmen/Eigenkapital

Kapitalerhöhung, Vermögensverschiebungen und Schutz vor Vermögensverlusten bei GmbHs und nicht börsennotierten AGs

Prof. Dr. Peter Nippel / Paul Plewa, M. Sc., beide Kiel

In dem Beitrag werden kritische Werte für die Zeichnungsquote einer Kapitalerhöhung bei einer GmbH oder nicht börsennotierten AG zur Vermeidung von Vermögensverlusten in Folge von Vermögensverschiebungen zwischen Gesellschaftern bestimmt und analysiert. Dabei kann ein positiver Effekt handelbarer Bezugsrechte - ohne organisierten Handel - aufgezeigt werden.

CF1276332

S. 263

KAPITALMARKT

Kryptowährungen

Determinanten der Wertentwicklung von Bitcoins

Prof. Dr. Frank Lehrbass / Michael Weißer, B. Sc., beide Düsseldorf

Im Beitrag werden verschiedene Einflussfaktoren auf die Wertentwicklung von Bitcoins untersucht. Dabei wird die Vermutung empirisch unterstützt, dass die Wertentwicklung von Bitcoins überwiegend nachrichtengenrieben ist.

CF1271085

S. 270

Kapitalmarktforschung

Neuberufungen von DAX-30-Vorständen und -Aufsichtsräten: Wie reagiert der Aktienmarkt auf den Dokortitel von Topmanagern?

Prof. Dr. Stefan Schmid / Dr. Frederic Altfeld, beide Berlin / Jun.-Prof. Dr. Tobias Dauth, Leipzig

Macht es für Investoren einen Unterschied, ob ein neuberufenes Mitglied im Vorstand oder Aufsichtsrat promoviert ist oder nicht? Auf der Basis einer Ereignisstudie wird gezeigt, dass ein Dokortitel für Investoren unter bestimmten Bedingungen durchaus positiv ins Gewicht zu fallen scheint. Allerdings verdeutlicht die Studie auch, dass ein Dokortitel nicht in allen Fällen mit Kursaufschlägen belohnt wird.

CF1265576

S. 276

Corporate Governance

Vorstandsvergütung im DAX und MDAX 2017

Prof. Dr. Alexander Götz, Villingen-Schwenningen / Moritz Stahl, B.A., Regensburg

Die Studie untersucht über den Zeitraum von 2006 bis 2017 die Höhe und Zusammensetzung der Vorstandsvergütung im DAX und MDAX.

CF1278584

S. 283

BEWERTUNG

Marktrisikoprämie

Die Ableitung der Marktrisikoprämie – auch eine Frage des risikofreien Zinssatzes

WP StB Rudolf Böck / WP StB Thomas Straßer, CVA / Ronald Storp, CFA, CVA / Simon Bosch, alle München

Durch die Finanzmarkt- und Schuldenkrise haben sich die Kapitalmarktverhältnisse fundamental verändert. Dies hatte signifikante Auswirkungen auf die Bestimmung der Marktrisikoprämie und ihre Komponenten, insbesondere den risikofreien Zinssatz.

CF1271475

S. 288

Rechnungslegung/Kapitalisierungszins

Kapitalisierungszinssätze in der Unternehmensbewertung

WP/StB Dipl.-Kfm. Prof. Dr. Christian Zwirner / Gregor Zimny, M. Sc., beide München

Im Zuge der mindestens einmal jährlich vorzunehmenden Überprüfung des Goodwills muss eine bewertungsobjekt-spezifische Bestimmung des der Unternehmensbewertung zu Grunde zu legenden Zinssatzes erfolgen. In diesem Beitrag wird die Entwicklung des Kapitalisierungszinssatzes zur Goodwillbewertung dargelegt.

CF1278583

S. 295

Bewertungsverfahren/Multiplikatorverfahren/Beta Faktor

Multiplies und Beta-Faktoren für deutsche Branchen

Dr. Benjamin Hammer / Prof. Dr. Bernhard Schwetzler / Jun.-Prof. Dr. Alexander Lahmann, alle Leipzig

Der Lehrstuhl Finanzmanagement und Banken an der HHL Leipzig Graduate School of Management ermittelt vierteljährlich Multiplikatoren, Beta-Faktoren und Eigenkapitalkosten für den deutschen Kapitalmarkt. Im Folgenden finden Sie die entsprechenden Daten zum Stichtag 15.07.2018.

CF1276876

S. 301

MERGERS & ACQUISITIONS

Unternehmensbewertung

Die Bewertung und Beurteilung von Überkreuzbeteiligungen

Prof. Dr. Peter Seppelfricke, Osnabrück

Unübersichtliche Konglomerate mit Überkreuzbeteiligungen sind vor allem in Asien verbreitet. Die gängigen Verfahren der Unternehmensbewertung werden diesen Strukturen häufig aber nicht gerecht. Dies sollte auch im Rahmen von Kauf- und Verkaufsprozessen Berücksichtigung finden. Im Beitrag werden konkrete Bewertungsbeispiele für einfache und komplexe Konzerne gegeben.

CF1265577

S. 306

SERVICE

Neue Bücher/Impressum

M4



19.2018

Jahrgang 71 / 01.10.18

ISSN 0340-9031 / www.wpg.de

406/41819

Fachlicher Beirat

WP StB RA Dr. Hans-Peter Aicher

WP StB Prof. Dr. Frank Beine

RA Dr. Andreas C. Hoffmann, LL.M.

WP StB Karl Petersen

WP StB Dr. Stefan Schmidt

WP StB Prof. Dr. Peter Wollmert



KOMPETENZ SCHAFFT VERTRAUEN

ASSURANCE

Key Audit Matters in den Bestätigungsvermerken der FTSE-100-Unternehmen

Luca Krones, Fabian Groß, Prof. Dr. Reiner Quick und Florian Schmidt

» 1198

Fragen zur nichtfinanziellen Berichterstattung aus Sicht des Abschlussprüfers

Josef Baumüller und Florian Follert

» 1205

RECHNUNGSLEGUNG

Bildung einer Sonderrücklage gemäß § 58 Abs. 2 a AktG

Dr. Peter Dittmar

» 1224

Bilanzierung von Drohverlustrückstellungen für belastende Verträge mit Kunden nach IFRS

Prof. Dr. Christoph Hütten, Prof. Dr. Jochen Pilhofer und Sascha B. Herr

» 1230

Anteilserwerbsbilanzierung bei gemeinschaftlichen Tätigkeiten (AIP 2015-2017)

Dr. Marc Schild

» 1235

FINANCIAL SERVICES

Neue Risikotragfähigkeitskonzeption der Bankenaufsicht

Gerhard Hofmann und Bernhard Krob

» 1245

BRANCHEN

Stärkungsbeitrag und Einmalzahlung der KZVK

Holger Averbek und Alexandra Gabriel

» 1254

RECHNUNGSLEGUNG

Befreiungsmöglichkeiten nach § 264 Abs. 3 HGB

Karl Petersen » 1215

IDW Visuell:
IDW PS 270 n.F.

INHALT



ASSURANCE

KOMPAKT

Überarbeitung von IDW PH 9.140 » 1197

Geldwäscheprävention in der Wirtschaftsprüferpraxis » 1197

ANALYSE

Key Audit Matters in den Bestätigungsvermerken der FTSE-100-Unternehmen

Luca Krones, Fabian Groß, Prof. Dr. Reiner Quick und Florian Schmidt » 1198

Fragen zur nichtfinanziellen Berichterstattung aus Sicht des Abschlussprüfers –

Ein deutsch-österreichischer Vergleich

Josef Baumüller und Florian Follert » 1205

IDW VISUELL

IDW PS 270 n.F.: IDW Prüfungsstandard: Die Beurteilung der Fortführung der
Unternehmenstätigkeit im Rahmen der Abschlussprüfung (Stand: 11.07.2018) » 1213



RECHNUNGSLEGUNG

ANALYSE

Befreiungsmöglichkeiten nach § 264 Abs. 3 HGB: Zustimmungsbeschluss und
Einstandsverpflichtung – Praktische Anwendungsfragen für den Bilanzierenden
und den Abschlussprüfer

Karl Petersen » 1216

Bildung einer Sonderrücklage gemäß § 58 Abs. 2 a AktG – Maßnahme zur
Kapitalerhaltung oder Instrument zur Ausschüttungsvermeidung?

Dr. Peter Dittmar » 1224

Bilanzierung von Drohverlustrückstellungen für belastende Verträge mit
Kunden nach IFRS – Identifikation von Regelungslücken bei der Interaktion
zwischen IFRS 15 und IAS 37

Prof. Dr. Christoph Hütten, Prof. Dr. Jochen Pilhofer und Sascha B. Herr » 1230

Wird durch die „Annual Improvements to IFRSs (2015–2017)“ Gleiches gleich
bilanziert? – Eine Analyse der Anteilserwerbsbilanzierung bei

gemeinschaftlichen Tätigkeiten

Dr. Marc Schild » 1235



FINANCIAL SERVICES

KOMPAKT

Investmentfonds-Datenbank: BaFin plant Erweiterung der Datenbank » 1243

BaFin-Rundschreiben 12/2018 (GW) zu Hochrisiko-Staaten » 1243

BAIT werden um Modul „Kritische Infrastrukturen“ ergänzt » 1244

Rezension: Wertpapiermanagement » 1244

ANALYSE

Die neue Risikotragfähigkeitskonzeption der Bankenaufsicht –

Herausforderungen und Lösungsansätze

Gerhard Hofmann und Bernhard Krob » 1245



BRANCHEN

ANALYSE

Stärkungsbeitrag und Einmalzahlung der KZVK: Aufwandsperiodisierung,
Stetigkeit und einheitliche Bilanzierung – Bilanzielle Konsequenzen für Einzel-
und Konzernabschluss

Holger Aeverbeck und Alexandra Gabriel » 1254



MANAGEMENT & BERATUNG

KOMPAKT

Unternehmensbewertung und Verschuldungsgrad » 1261

Unternehmen investieren verstärkt in Digitalisierung » 1261

Digitalisierung von Akten » 1262

Praxisorientierter Leitfaden für nachhaltige Unternehmensführung » 1263

Bedeutung von Nachhaltigkeitspreisen » 1263

Rezension: Nachteilsausgleichsvereinbarungen im faktischen Konzern » 1264

Autor werden
im IDW Verlag!

Haben Sie eine Publikationsidee?
Wollen Sie Ihr Wissen mit anderen teilen?

Dann wenden Sie sich an uns.

Am besten schreiben Sie uns eine E-Mail, in der Sie kurze Angaben machen zu Ihrer Themenidee und zu Ihrem beruflichen Hintergrund. Ihre Ansprechpartnerin ist Annette Preuß: preuss@idw-verlag.de. Selbstverständlich können Sie sich auch telefonisch melden unter der Nummer 0211/4561-278.

Sollten Sie nicht selbst schreiben wollen, sondern „lediglich“ einen Themenvorschlag machen oder ein Produkt anregen wollen, sind Sie bei uns ebenfalls an der richtigen Adresse. Wir freuen uns, von Ihnen zu hören!

- preuss@idw-verlag.de
- 0211/4561-278

WISTRA

DB-Z274

Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht

9/2018



Herausgegeben von

Prof. Dr. Markus Jäger,
Richter am BGH

Dr. Matthias Korte,
Ministerialdirigent

Dr. Wilhelm Krekeler,
Rechtsanwalt, FA Strafrecht

Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinshoff,
Präsident des BFH

Dr. Manfred Möhrensclager,
Ministerialrat a.D.

Dr. Martina Müller-Ehlen,
Oberstaatsanwältin

Dr. Markus Rübenthal, Mag. iur.,
Rechtsanwalt (WisteV)

Prof. Dr. Franz Salditt,
Rechtsanwalt, FA Strafrecht,
FA Steuerrecht

Prof. Dr. Roland Schmitz

Prof. Dr. Carsten Wegner,
Rechtsanwalt, FA Strafrecht

Dr. Martin Wulf,
Rechtsanwalt, FA Steuerrecht

Redaktion

Dr. Charlotte Schmitt-Leonardy

Prof. Dr. Roland Schmitz

- **M. Leppich** Die Beendigung faktischer Geschäftsführung
- **Ph. Gehrman** Das Bundesverfassungsgericht und die Reform des WpHG
- **M. Gubitz / M. Buchholz** Strafbarkeitsrisiken im Holzhandel
- **BVerfG** Auswertung der in einer Rechtsanwaltskanzlei sicher-
gestellten Unterlagen unternehmensinterner Ermittlungen
- **BVerfG** Beschwerdebefugnis von Rechtsanwälten bei
Durchsuchung von Kanzleiräumen (mit Anm. Uwer/
von Ermingen-Marbach)
- **EuGH** Nichtabführung der geschuldeten Umsatzsteuer
(Anm. Pflaum)
- **BGH** Beschleunigungsgebot in Haftsachen im Revisions-
verfahren
- **HansOLG** Absehen von Einziehungsentscheidung aufgrund
wirksamer Berufungsbeschränkung
- **KG** Verletzung des Beschleunigungsgebots durch den BGH
- **LG Stuttg** „Internen“

Manz'sche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung GmbH
Gütheil-Schoder-Gasse 17/C
1280 WIEN
OSTERREICH
473093/1

25250000 KdNr.: A907837 Quantity: 1

HJF-Aboservice, Hüllschiner Str. 9, 81077 München
Sendung zu erm. Entgelt, Heft 09/18, Vkt: 6929



ISSN 0721-6890

37. Jahrgang | 15. September 2018 | Seite 361-408



C.F. Müller

CFM



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

<i>Staatsanwalt (GrL) Dr. Mark Leppich, Nürnberg</i> Die Beendigung faktischer Geschäftsführung	361
<i>Rechtsanwalt (FAfStrR) Dr. Philipp Gehrman, Berlin</i> Das Bundesverfassungsgericht und die Reform des WpHG	366
<i>Rechtsanwalt (FAfStrR) Prof. Dr. Michael Gubit, Kiel, Bochum / Rechtsreferendar Dr. Momme Buchholz, Kiel</i> Strafbarkeitsrisiken im Holzhandel	369

Rezensionen

<i>Rechtsanwalt Dr. Till Soyka, LL.M. (Harvard), Hamburg</i> Rübenstahl/Idler (Hrsg.): Tax Compliance, Prävention – Investigation – Remediation – Unternehmensverteidigung, C.F. Müller, 1. Aufl. 2018	373
---	-----

Aufsätze in Zeitschriften und Festschriften

<i>Rechtsanwältin Dr. jur. Steffi Kindler, Berlin</i> Unternehmensstrafrecht und individuelle sanktionsrechtliche Haftungsrisiken	375
--	-----

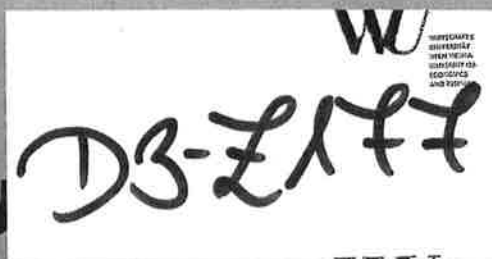
Entscheidungen

BVerfG	27.6.2018 – 2 BvR 1405/17 und 2 BvR 1780/17 (3. Kammer)	Auswertung der in einer Rechtsanwaltskanzlei sichergestellten Unterlagen unternehmensinterner Ermittlungen ...	377
BVerfG	27.6.2018 – 2 BvR 1562/17 (3. Kammer)	Beschwerdebefugnis von Rechtsanwälten bei Durchsuchung von Kanzleiräumen (mit Anm. Uwer/von Ermingen-Marbach)	386
EuGH	20.3.2018 – C-524/15	Nichtabführung der geschuldeten Umsatzsteuer (Anm. Pflaum)	391
EuGH	20.3.2018 – C-537/16	Verbot der Marktmanipulation (LS)	393
EuGH	20.3.2018 – C-596/16 u. C-597/16	Insider-Geschäfte und Marktmanipulation (LS)	393
BGH	24.1.2018 – 1 StR 36/17	Beschleunigungsgebot in Haftsachen im Revisionsverfahren	393
BGH	6.2.2018 – 2 StR 163/17	Fehlende Belehrung über Pflichtverteidigerbestellung	395
HansOLG	19.4.2018 – 2 Rev 6/18	Absehen von Einziehungsentscheidung aufgrund wirksamer Berufungsbeschränkung	396
KG	17.1.2018 – 4 Ws 149 + 150/17 – 161 AR 263/17	Verletzung des Beschleunigungsgebots durch den BGH ...	398
LG Stuttgart	26.3.2018 – 6 Qs 1/18	Sicherstellung von Unterlagen aus „internen Ermittlungen“ (mit Anm. Engelhart)	402

wistra aktuell

Rechtsprechungsvorschau	II
Aktuelle Rechtsprechung in Kürze	III
Aktuelle Nachrichten	V
Bericht aus der Gesetzgebung – Gesetzentwurf gegen Steuerhinterziehung beim Online-Handel; Fünfte Geldwäsche-Richtlinie –	IX

GRUR



Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

Zeitschrift
der Deutschen
Vereinigung für
gewerblichen
Rechtsschutz
und Urheberrecht

www.grur.org
www.grur.beck.de

- 977** PETER MEIER-BECK
Die Rechtsprechung des BGH in Patentsachen im Jahr 2017
- 985** CHRISTIAN OSTERRIETH
Technischer Fortschritt – eine Herausforderung für das Patentrecht?
- 996** ANSGAR OHLY
Unmittelbare und mittelbare Verletzung des Rechts der öffentlichen Wiedergabe nach dem „Córdoba“-Urteil des EuGH
- 1004** RUPPRECHT PODSZUN/CHRISTOPH BUSCH/
FRAUKE HENNING-BODEWIG
Die Durchsetzung des Verbraucherrechts:
Das BKartA als UWG-Behörde?
- 1012** GERALD SPINDLER
Störerhaftung für Access-Provider reloaded
- 1016** JAN BERND NORDEMANN
Die Haftung allgemeiner Zugangsprovider auf Website-Sperren
- 1021** VOLKER BEUTHIEN
Statt Genugtuung für das Opfer Frohlocken des Täters?
- 1055** KG
Kein Zwang zum Framingschutz für digitale Bibliotheken – Framingschutz (m. Anm. Schulze)



10/2018

Seiten 977 bis 1088 · 120. Jahrgang · Oktober 2018
München · Frankfurt am Main



J450201810

INHALT

- AUFSÄTZE**
- 977** PETER MEIER-BECK
Die Rechtsprechung des BGH in Patentsachen im Jahr 2017
- 985** CHRISTIAN OSTERRIETH
Technischer Fortschritt – eine Herausforderung für das Patentrecht?
Zum Gebot der Verhältnismäßigkeit beim patentrechtlichen Unterlassungsanspruch
- 996** ANSGAR OHLY
Unmittelbare und mittelbare Verletzung des Rechts der öffentlichen Wiedergabe nach dem „Córdoba“-Urteil des EuGH
- 1004** RUPPRECHT PODSZUN/CHRISTOPH BUSCH/FRAUKE HENNING-BODEWIG
Die Durchsetzung des Verbraucherrechts: Das BKartA als UWG-Behörde? Ergebnisse des Professorengutachtens für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
- ZUR RECHTSPRECHUNG**
- 1012** GERALD SPINDLER
Störerhaftung für Access-Provider reloaded
- 1016** JAN BERND NORDEMANN
Die Haftung allgemeiner Zugangsprovider auf Website-Sperren. Der aktuelle Stand nach BGH „Dead Island“
- 1021** VOLKER BEUTHIEN
Statt Genugtuung für das Opfer Frohlocken des Täters? Zur rechtswidrigen Verwertung der Kohl-Protokolle
- REPORT**
- 1025** HENRIKE WEIDEN
Aktuelle Berichte – Oktober 2018
- MITTEILUNGEN**
- 1027** Stellungnahme der GRUR zum Vorschlag für eine VO des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der VO (EG) Nr. 469/ 2009 über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel vom 28.5.2018 (COM [2018] 317 final)
- 1028** Tagungsbericht: Junge Wissenschaft – Kolloquium zum Gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht (*Hennemann*)
- BUCHBESPRECHUNGEN**
- 1029** EUGEN LANGEN (Hrsg.)/HERMANN-JOSEF BUNTE (Hrsg.): Kartellrecht Bd. 1: Deutsches Kartellrecht, Bd. 2: Europäisches Kartellrecht. Kommentar, 13. Aufl. (*Weitbrecht*)



RECHTSPRECHUNG

- ARBEITNEHMER-
ERFINDUNGSRECHT **1030** OLG Karlsruhe 13.4.18 – 6 U 161/16
Anwendbare Vorschriften bei Arbeitnehmererfindung – **Rohrleitungsprüfung**
- 1037** OLG Düsseldorf 26.7.18 – I-15 U 2/17
Keine wirksame Lizenzeinräumung durch einen von mehreren Miterfindern
– **Flammpunktprüfungsvorrichtung**
- URHEBERRECHT **1044** BGH 26.7.18 – I ZR 64/17
Haftung des Anschlussinhabers für Urheberrechtsverletzungen über
ungesichertes WLAN – **Dead Island**
- 1050** OLG München 14.6.18 – 29 U 732/18
Störerhaftung des Access-Providers bei Urheberrechtsverletzungen – **Kinox.to**
- 1055** KG 18.6.18 – 24 U 146/17
Kein Zwang zum Framingschutz für digitale Bibliotheken – **Framingschutz**
(m. Anm. Gernot Schulze, S. 1058)
- MARKENRECHT **1059** BGH 26.7.18 – I ZR 20/17
EuGH-Vorlage zur Frage des Anbietens von markenrechtsverletzender Ware
durch Lagerhalter – **Davidoff Hot Water III**
- WETTBEWERBSRECHT **1061** EuGH 5.7.18 – C-339/17
Anforderungen an Etikettierung oder Kennzeichnung von Textilerzeugnissen
– **Verein für lauterer Wettbewerb/Princesport**
- 1063** BGH 22.3.18 – I ZR 25/17
Keine aggressive geschäftliche Handlung durch Schreiben eines Inkasso-
unternehmens – **Zahlungsaufforderung**
- 1066** OLG Stuttgart 5.4.18 – 2 U 99/17
Werbung mit Testergebnissen der Stiftung Warentest im Rahmen eines
Nassrasierer-Tests – **Verblindung von Warentests**
- 1071** OLG Schleswig 7.6.18 – 2 U 5/17
Berechnung der Höhe des Gewinnabschöpfungsanspruchs – **Nicht-
nutzungsgebühr**
- PERSÖNLICHKEITS- UND
MEDIENRECHT **1074** BGH 19.7.18 – IX ZB 10/18
Keine Vollstreckbarerklärung einer ausländischen Entscheidung wegen
Verstoß gegen Meinungsfreiheit – **Deutsche Vernichtungslager in Polen**
- 1077** BGH 12.6.18 – VI ZR 284/17
Reichweite zulässiger Berichterstattung nach Selbstbegebung – **Begegnung
mit dem verlorenen Bruder**
- 1081** OLG Köln 29.5.18 – 15 U 64/17
Keine Vererblichkeit des Geldentschädigungsanspruchs bei Persönlichkeits-
rechtsverletzung – **Kohl-Protokolle (Ls.)**
- BERUFSRECHT **1082** BGH 23.4.18 – NotZ (Brfg) 6/17
Auftreten unter der Bezeichnung Notariat – **„Notariat & Kanzlei“**
- VERFAHRENSRECHT **1085** OLG Frankfurt a. M. 1.8.18 – 6 W 53/18
Folgenbeseitigungsverpflichtung des Unterlassungsschuldners – **kenn-
zeichnungsfrei**
- V** Aus dem Inhalt der GRUR-Familie 10/2018
- VI** GRUR-Aktuell
- XIII** Leitsatzübersicht
- XV** Impressum

ANKÜNDIGUNG

In GRUR-RR 2018, Heft 10, berichten DANIEL HOPPE und CHRISTIAN DONLE über die Rechtsprechung der deutschen Instanzgerichte zum Patent- und Gebrauchsmusterrecht seit dem Jahr 2017.

WM**WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN****Zeitschrift
für Wirtschafts-
und Bankrecht****38**22. September 2018
72. Jahrgang
Seiten 1769-1816**WU**
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS**D3-Z187****Redaktion:**Rechtsanwalt
Dr. Christopher Kienle,
Frankfurt a. M.Rechtsanwalt
Dr. Andreas Lange,
Frankfurt a. M.Prof. Dr. Tobias Lettl,
PotsdamRechtsanwalt
Dr. Helmut Merkel,
Frankfurt a. M.Arne Wittig,
Essen**Redaktionsbeirat:**Rechtsanwalt
Thorsten Höche,
BerlinRechtsanwältin
Dr. Anna Heidelberg,
Frankfurt a. M.Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult.
Klaus J. Hopt,
HamburgRichter am BGH
Dr. Hans-Ulrich Joeres,
KarlsruheRichterin am BGH
Ilse Lohmann,
KarlsruheProf. Dr. Peter O. Mülbert,
Mainz**AUS DEM INHALT:**Seite 1769
Ministerialrat Rüdiger Meixner, Idstein
Entwicklungen im deutschen und europäischen
Kartellrecht 2017
– Teil II –Seite 1778
Dr. Alexander Eufinger, Frankfurt a. M.
Lockerung des Kündigungsschutzes für Spitzenverdiener
in der Finanzbranche
– Eine Betrachtung aus verfassungsrechtlicher Perspektive –Seite 1783
OLG Dresden, 28.6.2018 – 8 U 1802/17
Zur Fehlerhaftigkeit eines Emissionsprospektes für den Ver-
trieb von Orderschuldverschreibungen sowie zu den Voraus-
setzungen einer Schadensersatzpflicht wegen Beteiligung an
einem (Kapitalanlage-)Betrug und einer vorsätzlich sitten-
widrigen SchädigungSeite 1794
OLG München, 12.7.2018 – 23 U 2832/17
Zur Ermittlung der Befugnisse eines durch die Gläubigerver-
sammlung nach § 14 Abs. 1 SchVG 1899 bestellten gemein-
samen VertretersSeite 1798
BGH, 3.7.2018 – II ZB 28/16
Bei Zahlungsklagen einer Gesellschaft gegen Nichtgesell-
schafter regelmäßig kein rechtliches Interesse des Gesell-
schafters im Sinne des § 66 Abs. 1 ZPO am Beitritt zum
Rechtsstreit; selbständige Prüfung der Zulässigkeit eines Bei-
tritts zu Klage und Widerklage erforderlichWERTPAPIER-
MITTEILUNGEN
TEIL IV

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- Ministerialrat Rüdiger Meixner, Idstein
Entwicklungen im deutschen und europäischen Kartellrecht 2017
– Teil II – 1769
- Dr. Alexander Eufinger, Frankfurt a. M.
Lockerung des Kündigungsschutzes für Spitzenverdiener in der Finanzbranche
– Eine Betrachtung aus verfassungsrechtlicher Perspektive – 1778

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- OLG Dresden 28.6.2018 8 U 1802/17* Zur Fehlerhaftigkeit eines Emissionsprospektes für den Vertrieb von Orderschuldverschreibungen sowie zu den Voraussetzungen einer Schadensersatzpflicht wegen Beteiligung an einem (Kapitalanlage-)Betrug und einer vorwiegend sittenwidrigen Schädigung 1783
- OLG München 12.7.2018 23 U 2832/17 Zur Ermittlung der Befugnisse eines durch die Gläubigerversammlung nach § 14 Abs. 1 SchVG 1899 bestellten gemeinsamen Vertreters 1794

Gesellschaftsrecht

- Bundesgerichtshof 3.7.2018 II ZB 28/16* Bei Zahlungsklagen einer Gesellschaft gegen Nichtgesellschafter regelmäßig kein rechtliches Interesse des Gesellschafters im Sinne des § 66 Abs. 1 ZPO am Beitritt zum Rechtsstreit; selbständige Prüfung der Zulässigkeit eines Beitritts zu Klage und Widerklage erforderlich 1798
- Bundesgerichtshof 5.7.2018 V ZB 10/18 Zur entsprechenden Anwendung des § 40 Abs. 1 GBO, wenn aus einer zweigliedrigen Personenhandels-gesellschaft ein Gesellschafter ausscheidet und es zu einer liquidationslosen Vollbeendigung der Gesellschaft und damit zu einer anwachungsbedingten Gesamtrechtsnachfolge des anderen Gesellschafters kommt; zu den Voraussetzungen des grundbuchverfahrensrechtlichen Nachweises einer solchen Gesamtrechtsnachfolge 1799

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

- Bundesgerichtshof 18.10.2017 VIII ZR 32/16 Zur Sachmängelgewährleistung beim Verkauf eines hochpreisigen Dressurpferdes; zur Unternehmereigenschaft eines Reitlehrers 1801

Bundesgerichtshof	18.10.2017	VIII ZR 86/16	Zur Unwirksamkeit einer in einer Qualitätssicherungsver-	1806
			einbarung zwischen Unternehmern vom Käufer formular-	
			mäßig verwendeten Klausel über die Ersatzpflicht von	
			Mehraufwand beim Käufer, der aus Mängeln von Liefer-	
			gegenständen entsteht	
Bundesgerichtshof	6.12.2017	VIII ZR 219/16	Berücksichtigung nicht nur des Vertragsinhalts, sondern	1811
			der Gesamtumstände bei Prüfung der Frage, ob die Par-	
			teien eine bestimmte Verwendung der Kaufsache voraus-	
			gesetzt haben	

Bücherschau

Klaus Wimmer	FK-InsO – Frankfurter Kommentar zur Insolvenzordnung,	1816
	9. Aufl.	
Uwe Hüffer/Jens Koch	Aktiengesetz: AktG, 13. Aufl.	1816
Peter Fissenewert	Compliance für den Mittelstand, 2. Aufl.	1816



Investmentfondstage der Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung

u.a. Rohstoffe; ETFs; Nachhaltigkeit; Aktuelle regulatorische
Entwicklungen; Immobilien; Spezielle Themen für institutionelle Anleger



17./18. Oktober 2018, Palmengarten Frankfurt am Main

Informationen: Tel. +49 69 2732 553 • www.investmentfondstage.de

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke
Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Back (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Back@wmrecht.com
Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de
Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 95,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,27) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarkt gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2018 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

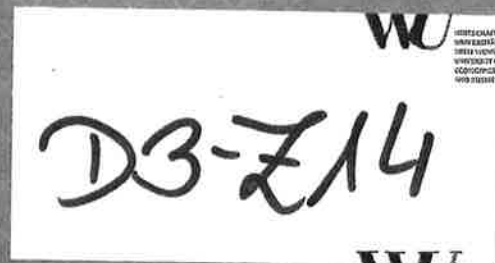
Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

9/2018

S. 283–312, ART.-NR. 52–58

September 2018



RWZ

RECHT UND RECHNUNGSWESEN

Herausgeber: Romuald Bertl, Aslan Milla, Robert Reiter,
Christoph Schlager, Thomas Wenger,
Werner Wiesner

GESELLSCHAFTS- & STEUERRECHT

JUDIKATUR GESELLSCHAFTSRECHT

» **Thomas Wenger:** Genehmigung einer D&O-Versicherung als Vergütungsbestandteil

RECHNUNGSWESEN

» **Tanja Schuschnig/Carina Paulitsch/Gudrun Fritz-Schmied:** Finanzielle Leistungsindikatoren im Rahmen der Lageberichterstattung – Empirische Evidenz des österreichischen Kapitalmarktes

» **Stéphanie Mittelbach-Hörmanseder/Dominik Bryndza:** Kennzahlen im Lagebericht

» **Hans Hartmann/Katharina Maier:** Möglichkeiten und Grenzen der Gestaltung beim Übergang auf und bei der Bilanzierung nach IFRS 16 – Überlegungen für die erstmalige und die laufende Anwendung



WÜRDIGUNG

Martin Gelter: Christian Nowotny emeritiert! 283

GESELLSCHAFTS- & STEUERRECHT**JUDIKATUR GESELLSCHAFTSRECHT**

Thomas Wenger: Genehmigung einer D&O-Versicherung als Vergütungsbestandteil 284

JUDIKATUR STEUERRECHT

Werner Wiesner: Verlustvortragsübergang immer in dem dem Umgründungsstichtag folgenden Kalenderjahr 288

RECHNUNGSWESEN

Tanja Schuschnig/Carina Paulitsch/Gudrun Fritz-Schmied: Finanzielle Leistungsindikatoren im Rahmen der Lageberichterstattung – Empirische Evidenz des österreichischen Kapitalmarktes 290

Im vorliegenden Beitrag wird untersucht, inwiefern österreichische kapitalmarktorientierte Unternehmen den Empfehlungen der AFRAC-Stellungnahme 9 sowie des KFS/BW 3 hinsichtlich der im Lagebericht darzustellenden finanziellen Leistungsindikatoren Folge leisten.

Stéphanie Mittelbach-Hörmanseder/Dominik Bryndza: Kennzahlen im Lagebericht 296

Das Ziel der vorliegenden Studie ist es, Vergleichswerte für Kennzahlen der Lageberichterstattung, insb für Unternehmen des ATX Prime, zu bieten. Darüber hinaus erfolgt ein Vergleich der Ergebnisse mit jenen von Unternehmen des DAX. Vor dem Hintergrund mangelnder gesetzlicher Definition finanzieller Leistungsindikatoren soll auch die Eignung der empfohlenen Kennzahlen des KFS/BW 3 hinterfragt werden.

Hans Hartmann/Katharina Maier: Möglichkeiten und Grenzen der Gestaltung beim Übergang auf und bei der Bilanzierung nach IFRS 16 – Überlegungen für die erstmalige und die laufende Anwendung 301

Die Übergangsvorschriften für die erstmalige Anwendung von IFRS 16 halten Erleichterungen bereit, deren Ausübung dem Anwender zwar einigen Gestaltungsspielraum einräumen, jedoch andererseits auch bilanzielle Nachteile mit sich bringen können. Ferner bergen Gestaltungsmöglichkeiten während der laufenden Anwendung des Standards bilanzielle Risiken.

INTERNATIONALER RUNDBLICK

Katharina van Bakel-Auer/Maria Sumerauer 308

Juli 2018 / Heft 5, Seiten 221–268 (17. Jahrgang)



Aufsätze

- 223 Die Polbud-Entscheidung des EuGH und das neue Unternehmensrechtspaket der EU-Kommission: Aktuelles zur grenzüberschreitenden Sitzverlegung
Juliana Haslinger und Johannes Mitterecker
- 233 Aufrechnung durch Gesellschaft von unberechtigt bezogenen Gehältern mit Gewinnen zulässig
Nora Michtner

Judikatur

- 237 Verrechnung von Rückerstattungsansprüchen aus Einlagenrückgewähr mit Gewinnanspruch des Gesellschafters (OGH)
- 241 Haftungsausschluss beim Unternehmensübergang muss zeitnah vereinbart und angemeldet werden (OGH)
- 243 Kein eigener Schadenersatzanspruch von Gesellschaftern gegen GmbH-Geschäftsführer (OGH)
- 245 Zur Unterbrechung des Verfahrens über die Abberufung von Stiftungsvorständen (OGH)
- 247 Keine Umgehung des höchstpersönlichen Änderungs- und Widerrufsrechts eines Stifters (OGH)

Firmenbuch-Praxis

- 249 Änderungen im Aufsichtsrat bei einer Verwertungsgesellschaft in der Rechtsform einer GmbH

Angrenzendes Steuerrecht

- 251 BMF zur steuerlichen Zurechnung der Beteiligung an Komplementär-GmbH bei deutscher Einheits-KG
Sebastian Bergmann
- 254 Voraussetzungen eines Mantelkaufs – Maßgeblichkeit der Strukturänderungen (BFG)
- 258 Luxusimmobilienüberlassung an Gesellschafter: Nachweispflicht eines funktionierenden Mietmarktes beim Steuerpflichtigen (VwGH)

Herausgeber: Friedrich Rüffler, Lukas Fantur, Georg Kofler, Sebastian Bergmann

INHALT

EDITORIAL

- 221 Meldepflicht grenzüberschreitender Steuergestaltungsmodelle

AUFSÄTZE

- 223 Die Polbud-Entscheidung des EuGH und das neue Unternehmensrechtspaket der EU-Kommission:
Aktuelles zur grenzüberschreitenden Sitzverlegung
Juliana Haslinger und Johannes Mitterecker
- 233 Aufrechnung durch Gesellschaft von unberechtigt bezogenen Gehältern mit Gewinnen zulässig
Nora Michtner

JUDIKATUR

- 237 Verrechnung von Rückerstattungsansprüchen aus Einlagenrückgewähr mit Gewinnanspruch des
Gesellschafters
OGH 28.03.2018, 6 Ob 128/17t
- 241 Haftungsausschluss beim Unternehmensübergang muss zeitnah vereinbart und angemeldet werden
OGH 24.05.2018, 6 Ob 80/18k
- 243 Kein eigener Schadenersatzanspruch von Gesellschaftern gegen GmbH-Geschäftsführer
OGH 28.03.2018, 6 Ob 41/18z
- 245 Zur Unterbrechung des Verfahrens über die Abberufung von Stiftungsvorständen
OGH 28.06.2018, 6 Ob 72/18h
- 247 Keine Umgehung des höchstpersönlichen Änderungs- und Widerrufsrechts eines Stifters
OGH 24.05.2018, 6 Ob 71/18m

FIRMENBUCH-PRAXIS

- 249 Änderungen im Aufsichtsrat bei einer Verwertungsgesellschaft in der Rechtsform einer GmbH
Wilhelm Birnbauer

ANGRENZENDES STEUERRECHT

AUFSÄTZE

- 251 BMF zur steuerlichen Zurechnung der Beteiligung an Komplementär-GmbH bei deutscher Einheits-KG
Sebastian Bergmann

JUDIKATUR

- 254 Voraussetzungen eines Mantelkaufs – Maßgeblichkeit der Strukturänderungen
BFG 10. 4. 2018, RV/5100319/2016 (Revision unzulässig)
(Anmerkung von Bernhard Renner)
- 258 Luxusimmobilienüberlassung an Gesellschafter: Nachweispflicht eines funktionierenden
Mietenmarktes beim Steuerpflichtigen
VwGH 22. 3. 2018, Ra 2017/15/0047 (vorgehend BFG 4. 5. 2017, RV/6100603/2016)
(Anmerkung von Sebastian Tratlehner)

SERVICETEIL

- 263 Rezensionen
- 265 Bücherliste
- 267 Autorensseiten
- 268 Impressum

Inhalt

MAGAZIN

Gastkommentar <i>Rudolf Mellinshoff</i>	M4
Anhängige Verfahren	M7
Aktuelle Rechtsprechung	M8
Kurzbeiträge	M10
Impressum	M16
Meldungen	M17
Handelsblatt Nachrichten	M24
Neue Datenbankinhalte	M25
Standpunkte <i>Florian Holle / Martin Weiss</i>	M26
Handelsblatt Grafik	M28
Handelsblatt Gastkommentar	M30
Worte der Woche	M32

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Internationales Steuerrecht/Sonstige BWL
Risiken steuerlicher Verrechnungspreise in Wertschöpfungsnetzwerken und hybriden Geschäftsmodellen
StB Prof. Dr. Thomas Zinser / Gert Gilson / RA/StB Stefan Thiem, alle München
DB1276878 (Kurzfassung vgl. S. M10) S. 2317

KURZNACHRICHTEN INTERNATIONALE RECHNUNGSLEGUNG

DB1281994 S. 2325

STEUERRECHT

AUFSATZ

Erbschaft-/Schenkungsteuer
Wechselspiel zwischen Rechtsprechung, Verwaltung und Gesetzgeber am Beispiel der SchenkSt bei vGA
RiBFH Prof. Dr. Matthias Loose, München
DB1281485 (Kurzfassung vgl. S. M12) S. 2327

Internationales Steuerrecht
Unionsrechtliche Fragestellungen nach der EuGH-Entscheidung „Hornbach-Baumarkt AG“
RiBFH Dr. Michael Schwenke, München
DB1281569 (Kurzfassung vgl. S. M13) S. 2329

KOMPAKT

Einkommensteuer/Lohnsteuer
Vertrieb von Waren und Dienstleistungen i.S.v. § 8 Abs. 3 EStG
RiBFH Dr. Roland Krüger, München
DB1280610 S. 2333

Einkommensteuer
Vermietung eines Homeoffices an Arbeitgeber
RiBFH Prof. Dr. Francesca Werth, München
DB1280608 S. 2334

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Einkommensteuer
Vorsorgeaufwendungen, Aufteilung eines einheitlichen Sozialversicherungsbeitrags (Globalbeitrag)
BMF, Schreiben vom 17.09.2018
DB1282026 S. 2336

Erbschaft-/Schenkungsteuer
Einordnung von Wertpapieren im Rahmen von Umschichtungen als junges Verwaltungsvermögen
OFD Frankfurt/M., Verfügung vom 24.08.2018
DB1282110 S. 2336

Abgabenordnung
Informationen zum Thema „Ordnungsmäßigkeit der Kassenbuchführung“
OFD Karlsruhe, Verfügung vom 26.07.2018
DB1279624 S. 2337

ENTSCHEIDUNGEN

Internationales Steuerrecht
Keine Einkünfteerzielungsabsicht bei von vornherein geplanter Übertragung der Einkunftsquelle auf Rechtsnachfolger
BFH, Beschluss vom 18.04.2018 – I R 2/16
DB1275806 S. 2340

Einkommensteuer

Ortsübliche Marktmiete i.S.d. § 21 Abs. 2 EStG für möblierte oder teilmöblierte Wohnungen - Möblierungszuschlag - Berücksichtigung einer überlassenen Einbauküche

BFH, Urteil vom 06.02.2018 - IX R 14/17

DB1274750

S. 2343

Kapitalertragsteuer

Voraussetzungen des Antrags auf Anwendung des Teileinkünfteverfahrens nach § 32d Abs. 2 Nr. 3 Satz 1 Buchst. b EStG

BFH, Urteil vom 27.03.2018 - VIII R 1/15

DB1274756

S. 2346

Grunderwerbsteuer

Kein Nachweis eines niedrigeren Grundstückswerts durch den Bilanzansatz oder durch Ableitung aus dem Kaufpreis für einen Gesellschaftsanteil

BFH, Urteil vom 25.04.2018 - II R 47/15

DB1282274

S. 2349

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Aktienrecht

Vereinfachter Bezugsrechtsausschluss und Gleichbehandlungsgrundsatz bei Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital

RA Dr. Kai-Steffen Scholz, Berlin

DB1281373 (Kurzfassung vgl. S. M14)

S. 2352

KOMPAKT

GmbH-Recht

Zuständigkeit für Abschluss, Änderung und Beendigung des Dienstvertrags eines GmbH-Geschäftsführers

RA Dr. Rolf Stagat, Freiburg/Konstanz

DB1279604

S. 2360

Rechtsanwaltsrecht

Anwaltshaftung: Zur Warn- und Hinweispflicht eines Rechtsanwalts außerhalb des ihm erteilten Mandats

RA Emil Brodski, München

DB1281254

S. 2361

ENTSCHEIDUNGEN

Aktienrecht

Dividendenabhängige Tantieme: Kein „Verwässerungsausgleich“ bei effektiven Kapitalerhöhungen

BAG, Urteil vom 27.06.2018 - 10 AZR 295/17

DB1281576

S. 2362

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Betriebsverfassungsrecht

Schaffung abweichender betriebsverfassungsrechtlicher Organisationseinheiten durch Tarifvertrag

RA/FAArbR Tobias Grambow, Berlin

DB1279696 (Kurzfassung vgl. S. M15)

S. 2367

KOMPAKT

Arbeitsvertragsrecht/Kündigungsrecht

Kein Anspruch des Arbeitgebers auf Mitteilung der privaten Mobiltelefonnummer des Arbeitnehmers

RA/FAArbR Dr. Oliver Ebert, Hannover

DB1279620

S. 2371

Kündigungsrecht/Verfahrensrecht

Lügen haben kurze Beine: Erfolgreicher Auflösungsantrag bei wahrheitswidrigem Prozessvortrag

RA Michael Magotsch, LL.M. (Georgetown), Frankfurt/M.

DB1279669

S. 2372

Kündigungsrecht/Arbeitszeitrecht

Berücksichtigung des Arbeitgeberverhaltens im Rahmen der Interessenabwägung nach § 626 BGB

RA In Saray Trevino-Eberhard, Düsseldorf

DB1278395

S. 2373

Betriebsverfassungsrecht/Arbeitszeitrecht

Unwirksamer Einigungsstellenspruch bei Anordnung von dem Gesundheitsschutz zuwiderlaufenden Arbeitszeiten

RA/FAArbR Dr. Mathias Kühnreich, Düsseldorf

DB1279708

S. 2374

Tarifvertragsrecht

BAG bejaht Wirksamkeit der Allgemeinverbindlicherklärung im Baugewerbe

RA/FAArbR Dr. Stephan Vielmeier, München

DB1278581

S. 2375

Arbeitsvertragsrecht/Sozialversicherung

Geplanter Gesetzesentwurf zu einem Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz zur Förderung der Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten

RA/FAArbR Thomas Hey, Düsseldorf

DB1280565

S. 2376

ENTSCHEIDUNGEN

Betriebsverfassungsrecht

Freistellung eines Konzernbetriebsratsmitglieds

BAG, Beschluss vom 23.05.2018 - 7 ABR 14/17

DB1281897

S. 2377

**Sehr geehrte Leserinnen und Leser!**

An der Stelle eines Editorials **laden wir Sie hiermit herzlich zur ZFR-Tagung 2019 ein**. Nähere Informationen dazu finden Sie auf der Rückseite des Heftes.

Wir lassen diese Tradition nach kurzer Pause sehr gerne aufleben und hoffen, ein für Sie ansprechendes Programm zusammengestellt zu haben.

*Olaf Riss
Martin Winner
Rainer Wolfbauer*

BEITRÄGE

Anita Gassner: Wann ist eine Absprache auf Kontrolle gerichtet?	439
Wolfgang Sindelar: Ex-post-Risikoanpassung variabler Vergütung von Risikoträgern in Kreditinstituten	444

JUDIKATUR

EuGH	
Unverhältnismäßige Sanktion bei unangemeldeter Bargeldausfuhr	450
Versicherungsvermittlung auch bei vorbereitender Einbeziehung von Finanzinstrumenten	452

VwGH	
»AUFSICHTSRECHT	
Keine aufschiebende Wirkung gegen Verwaltungsstrafe nach BörseG (Anm <i>R. Wolfbauer</i>)	454

OGH	
»ANLEGERRECHT	
Aufklärung des Bürgen bei Stop-Loss-Order (Anm <i>M. Ladler</i>)	455
Anlageberaterhaftung wegen Verschweigens von Innenprovisionen	456

»BANKRECHT	
Bürgenhaftung: Keine Aufrechnung wegen unterlassener Begründung einer Hypothek	458
Einhebung eines Serviceentgelts bei Zahlung mit Kreditkarten unzulässig	459
Unzulässige AGB-Klauseln und Einräumung einer Leistungsfrist	460
Stop-Loss-Order als taugliches Sicherungsmittel für Fremdwährungskredite	461
Vorlage an den EuGH: Rechtswahl in AGB	462
Zur (Un-)Wirksamkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen bei Missbrauch der Vertretungsmacht	462

INHALTSVERZEICHNIS

» **GESELLSCHAFTSRECHT**

Verbotene Einlagenrückgewähr und Aufrechnung bei der GmbH & Co KG 463

» **INSOLVENZRECHT**

Keine Restschuldbefreiung vor Ablauf des durch Beschluss verlängerten Abschöpfungsverfahrens (Anm R. Wolfbauer) 464

Auslegung einer Erklärung als Abtretungserklärung 466

Insolvenzrechtliche Durchsetzung von Anlegeransprüchen (Anm R. Wolfbauer) 467

Internationale Zuständigkeit – Feststellung der Haftung bei vorsätzlicher Herbeiführung des Konkurses des Anleiheschuldners 468

» **VERSICHERUNGSRECHT**

Rückforderung der Versicherungsleistung durch einen Kreditversicherer 469

ARB: Zum Ausschlussstatbestand nach Art 7.1.2.2 ARB 2013 (Wahrnehmung rechtlicher Interessen iZm der Finanzierung von Bauvorhaben) 471

BVwG» **AUFSICHTSRECHT**

Unterlassene Veröffentlichung eines Prospektnachtrags nach KMG 471

Unerlaubtes Crossing beim Market-Making: Verstoß gegen die Handelsregeln der WBAG und fortgesetztes Delikt (Anm R. Wolfbauer) 473

Strafen nach KMG: Gültige Bestellung eines Verantwortlichen gem § 9 Abs 2 Satz 1 VStG (Anm R. Wolfbauer) 477

Strafen nach KMG: Irreführende Werbung beim öffentlichen Angebot von Anleihen (Anm R. Wolfbauer) 479

AKTUELLES

Anita Gassner: Aktuelle Gesetzesvorhaben 482

Thomas Stern: EBA veröffentlicht Säule II-Paket 483

Rainer Wolfbauer: Diverse Novellen zu Verordnungen der FMA im BGBl 484

Rainer Wolfbauer: Neues Fit & Proper-Rundschreiben der FMA veröffentlicht 485

REZENSION

Friedrich Rüffler und Nicolas Raschauer: Reform der Finanzmarktaufsicht. Verfassungs- und verfahrensrechtliche Aspekte (Rainer Wolfbauer) 486

Impressum

488



Die Aktiengesellschaft

Zeitschrift für deutsches, europäisches und internationales Aktien-, Unternehmens- und Kapitalmarktrecht

Herausgeber:

Prof. Dr. Heinz-Dieter Assmann, LL.M., Universität Tübingen, E-Mail: assmann@jura.uni-tuebingen.de · Prof. Dr. Mathias Habersack, Universität München, E-Mail: mathias.habersack@jura.uni-muenchen.de

in Verbindung mit VorsRiBGH Prof. Dr. Ingo Drescher, Karlsruhe · Prof. Dr. Volker Emmerich, Bayreuth · RA Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M., Mannheim · Prof. Dr. Jens Koch, Bonn · Prof. Dr. Hans-Joachim Mertens, Königstein · Prof. Dr. Dr. h.c. Uwe H. Schneider, Mainz/Frankfurt a.M. · RA Prof. Dr. Jochen Vetter, München · Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Zöllner, Tübingen

Ständige Mitarbeiter AG-Report:

RA Prof. Dr. Michael Arnold, Stuttgart · Prof. Dr. Walter Bayer, Jena · Dipl.-Verw. Wiss. Marianne Gajo, Spaichingen · Dr. Thomas Ledermann, Hamburg · Dr. Franz-Josef Leven, Frankfurt a.M. · Dr. Stefan Mai, Frankfurt a.M. · RA Dr. Stefan Mutter, Düsseldorf · Markus Rieger, Wolfratshausen · WP Prof. Dr. Eberhard Scheffler, Hamburg · Dipl.-Vw. Christoph Schlienkamp, Düsseldorf · Andreas Schmidt, München · Prof. Dr. Dr. h.c. Uwe H. Schneider, Mainz/Frankfurt a.M. · RA Daniela Weber-Rey, LL.M., Frankfurt a.M. · RA Dr. Jochen Weck, München

Steuer-Journal:

Streck Mack Schwedhelm, **Rechtsanwälte/Fachanwälte** für Steuerrecht, Köln/Berlin/München

Inhalt

die-aktiengesellschaft.de



Aufsätze

RA Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M. (Yale) – Reformbedarf im aktienrechtlichen Beschlussmängelrecht

Die seit Jahrzehnten währende Diskussion um das „richtige“ aktienrechtliche Beschlussmängelrecht hat in jüngerer Vergangenheit Fahrt aufgenommen und wird die Abteilung Wirtschaftsrecht des 72. Deutschen Juristentags in Leipzig eingehend beschäftigen. Vor diesem Hintergrund skizziert der Beitrag Überlegungen zur Reform des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts. 637

Prof. Dr. Hans Christoph Grigoleit – Reform des Beschlussmängelrechts – Normative Grundlagen – empirische Rahmenbedingungen – wesentliche Reformelemente

Der jüngste Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD sowie das Programm des im September 2018 stattfindenden DJT haben wieder einmal das Beschlussmängelrecht auf die Agenda des Reformdiskurses gesetzt. Dieser kann sich auf eine ganze Reihe grundlegender Studien stützen, im Rahmen derer das aktuelle Reformpotenzial normativ und empirisch aufgearbeitet worden ist. Der Beitrag analysiert den normativen *status quo* des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts, skizziert die verfügbaren empirischen Befunde und diskutiert die bislang unterbreiteten Vorschläge. Schließlich werden Leitlinien für eine mögliche Reform formuliert. 645

Prof. Dr. Volker Emmerich – Fusionskontrolle 2017/2018

Im Mittelpunkt des letzten Berichts (Emmerich, AG 2017, 473) über die Entwicklung der deutschen und der europäischen Praxis der Fusionskontrolle hatte der in vieler Hinsicht spektakuläre (und in mancher Hinsicht wohl auch skandalöse) Fall Edeka/Kaiser's Tengelmann gestanden. Es spricht für sich, dass dieser Fall nach wie vor die Gerichte beschäftigt, wie der aktuelle Bericht über die Entwicklung der Praxis von Anfang des Jahres 2017 bis Mitte des Jahres 2018 zeigen wird. Interessante Entwicklungen sind aber auch noch auf zahlreichen anderen Gebieten festzustellen. 662



Inhalt

Kommentar

RA Dr. Christoph Rothenfuß – **Ahndungslücke durch das 1. FiMaNoG – das BVerfG weist den Weg zum EuGH** – Kommentar zu BVerfG v. 3.5.2018 – 2 BvR 463/17, AG 2018, 675

Das BVerfG hat eine Verfassungsbeschwerde gegen einen Beschluss des BGH, mit welchem er eine sog. Ahndungslücke in zentralen Bereichen des Kapitalmarktrechts als Folge einer Gesetzesänderung durch das 1. FiMaNoG verneint hat, nicht zur Entscheidung angenommen. Die Entscheidung des BVerfG enthält allerdings eine Art Gebrauchsanweisung, wie die Ahndungslücke bei den weiteren anhängigen Altfällen weiterhin gerügt und hierzu – ggf. auch unter erneuter Anrufung des BVerfG – eine Entscheidung durch den EuGH erzwungen werden kann. 667

Rechtsprechung

Verfassungsrecht: Kein Schutz einzelner Rechtsanwälte aus einer rechtsfähigen Sozietät gegen die Durchsuchung der Büroräume

(BVerfG, Beschl. v. 27.6.2018 – 2 BvR 1562/17 – „VW-Dieselskandal“) 672

Kapitalmarktstrafrecht: Ahndbarkeit von Insiderhandel und Marktmanipulation nach Änderung des WpHG durch das 1. FiMaNoG

(BVerfG, Beschl. v. 3.5.2018 – 2 BvR 463/17)..... 675

Insolvenzrecht: Kontrolle von Genussrechtsbedingungen in der Insolvenz der Gesellschaft

(BGH, Beschl. v. 3.5.2018 – IX ZR 72/17)..... 677

Aktienrecht: Bestimmung der angemessenen Barabfindung, Berücksichtigung einer Marktrisikoprämie

(OLG Düsseldorf, Beschl. v. 30.4.2018 – I-26 W 4/16 [AktE]), 679

Buchbesprechungen

RA Prof. Dr. Siegfried H. Elsing, LL.M. (Yale) – **Triebel/Vogener, Englisch als Vertragssprache** 682

Prof. Dr. Wolf-Georg Ringe, M.Jur. (Oxon) – **Dirk A. Zetzsche/Matthias Lehmann (Hrsg.), Grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen: Das Internationale Finanzmarkt-, Privat- und Zivilprozessrecht Deutschlands, Österreichs, der Schweiz und Liechtensteins** 683

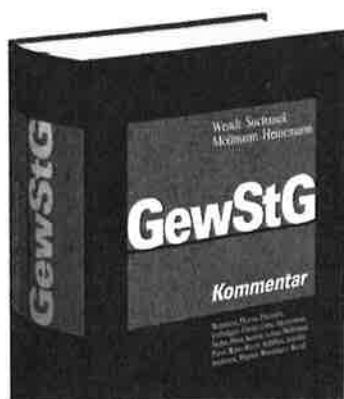
AG Report

Rechts-Report | Aktienrecht in Zahlen

Private-Label-Fonds und Beteiligungstransparenz bei deutschen Aktiengesellschaften (Walter Bayer / Thomas Hoffmann)..... R252

Kapitalmarkt-Report | Zahlen, Fakten, Entwicklungen

19. EUROFORUM-Jahrestagung „Brennpunkt AG“ am 14.11.2018 in Berlin (Katharina Melkko) R256



Richtungsweisend.

Der neue Kommentar ist ideal für alle, die mit der Gewerbesteuer und ihren komplizierten Hinzurechnungs- und Kürzungstatbeständen kalkulieren müssen: Unternehmer, Berater oder Kommunalfinanzbeamte. Die Herausgeber aus Beratung, Verwaltung und vom Bundesfinanzhof bürgen für eine Kommentierung von höchster Qualität und Klarheit.

Bestellen Sie jetzt unter otto-schmidt.de/wsg

Inhalt

Kapitalmarkt-Report | Börse

Finanzaufsichtsbehörden bilden globales Innovationsnetzwerk (<i>Marianne Gajo</i>)	R256
Solactive startet Industry 4.0-Index (<i>Marianne Gajo</i>)	R256
Start der ersten hybriden Derivatehandelsplattform für Kryptowährungen (<i>Marianne Gajo</i>)	R257
Börsen Spanien und Mexiko planen Daten-Distributionsplattform (<i>Marianne Gajo</i>)	R257
Börse Istanbul führt Sukuk-Markt ein (<i>Marianne Gajo</i>)	R257
Neue US-Plattform für digitale Werte geplant (<i>Marianne Gajo</i>)	R257

Branchen- und Unternehmens-Report | Branchen-Nachrichten

Leichter Geschäftsklimarückgang in der Beraterbranche (<i>Marion Müller</i>)	R258
Aktuelles Geschäftsklima der Druck- und Medienbranche (<i>Marion Müller</i>)	R258
Umsatz mit Unterhaltungselektronik leicht rückläufig (<i>Marion Müller</i>)	R259

Branchen- und Unternehmens-Report | Jahresabschlüsse

Evonik AG – Konzernabschluss zum 31.12.2017 (<i>Christoph Schlienkamp</i>)	R259
Ströer SE – Konzernabschluss zum 31.12.2017 (<i>Christoph Schlienkamp</i>)	R261

Bibliothek

Neuerscheinungen (<i>Barbara Lange</i>)	R262
Zeitschriftenspiegel (<i>Katharina Melkko</i>)	R262

Wussten Sie schon ...

Im **Beratermodul AG** haben Sie Zugriff auf das Online-Archiv Ihrer Zeitschrift. In der **Zeitschriften-App** lesen Sie aktuelle Beiträge auf Ihrem Smartphone. Bei Fragen zu Ihren **Freischaltcodes** wenden Sie sich gerne an den Kundenservice: Telefon 0221 / 93738-997 oder E-Mail an kundenservice@otto-schmidt.de.



Perfekt ausbilanziert.

Eine systematische und umfassende Kommentierung des Handelsbilanz- und Steuerbilanzrechts. Mit intensiven Querbezügen zum Gesellschaftsrecht.

Bestellen Sie jetzt unter otto-schmidt.de/hkms

BBK

- SCHNELL GELESEN**

889 ▶ Beitragsreihe zu Anpassungen an eine Betriebsprüfung
- KURZNACHRICHTEN**

890 Steuerrecht aktuell
Bernd Rätke
- BEITRÄGE**

898 Buchführungs-Seminar
Abzug der Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer
Udo Cremer








907 Bilanzierung
Vermeidung von Feststellungen durch die steuerliche Außenprüfung
Wolfgang Eggert
▶ **Kurzfassung Seite 889**

- 915 Betriebswirtschaft
Gestaltung und Digitalisierung von Debitorenprozessen
Jörgen Erichsen
NWB Datenbank ▶ Beitrag inklusive elektronischer Arbeitshilfe

- KONZERNABSCHLUSS UND IFRS**

921 **DRS 25: Währungsumrechnung im Konzernabschluss**
Prof. Dr. Christian Hanke

932 Impressum

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none">  Literatur  Weblink  Informationen  Audio  Galerie | <ul style="list-style-type: none">  Siehe auch  Quelle  Video  Berechnung  Merksatz |
|---|---|

D3-Z92



Herausgeber

Prof. Dr. Helmut Köhler

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Wolfgang Büscher

Prof. Dr. Franz Hacker

Dr. Gangolf Hess

Prof. Dr. Stefan Leible

Dr. Reiner Münker

In Zusammenarbeit mit der
Zentrale zur Bekämpfung
unlauteren Wettbewerbs
Frankfurt am Main e.V.

dfv Mediengruppe
Frankfurt am Main

Editorial: Prof. Dr. Benedikt Buchner

Datenmacht

- 1150 Prof. Dr. Jochen Glöckner, LL.M.**
Zeichenschutz und Wettbewerb auf Online-Marktplätzen
- 1155 Dr. Nils Rauer, MJI und Lea Kaase, LL.M.**
Copy & Post versus Link & Frame
- 1160 Claus Cammerer**
Die Revision des chinesischen Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb
- 1166 Stefanie Mach**
Influencer-Marketing: „Raus aus der Grauzone – hinein in die rechtliche Problemzone“
- 1171 Sven Schonhofen, LL.M. und Friederike Detmering, M.A.**
#AD #SPONSOREDBY #SCHLEICHWERBUNG – Die rechtlichen Voraussetzungen des Influencer-Marketings und ihre Umsetzung in der Praxis
- 1177 Dirk Müllmann**
Auswirkungen der Industrie 4.0 auf den Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen
- 1183 Verbraucherzentrale Berlin/Unimatic**
EuGH, Urteil vom 07.08.2018 – C-485/17
- 1186 Verein für lautereren Wettbewerb/Princesport**
EuGH, Urteil vom 05.07.2018 – C-339/17
- 1189 Ersatzteilminformation**
BGH, Beschluss vom 21.06.2018 – I ZR 40/17
- 1193 Zahlungsaufforderung**
BGH, Urteil vom 22.03.2018 – I ZR 25/17
- 1196 #darferdas?**
BGH, Beschluss vom 21.06.2018 – I ZB 61/17
- 1200 Davidoff HotWater III**
BGH, Beschluss vom 26.07.2018 – I ZR 20/17
- 1202 Dead Island**
BGH, Urteil vom 26.07.2018 – I ZR 64/17
- 1209 Hassrede**
OLG Dresden, Beschluss vom 08.08.2018 – 4 W 577/18

BEITRÄGE

- Prof. Dr. Jochen Glöckner, LL.M. Konstanz**
Zeichenschutz und Wettbewerb auf Online-Marktplätzen 1150
- RA Dr. Nils Rauer, MJI und RRef. Lea Kaase, LL.M. (Cardozo), Frankfurt a. M.**
Copy & Post versus Link & Frame 1155
- Claus Cammerer, Köln**
Die Revision des chinesischen Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb 1160
- RAin Stefanie Mach, Pulheim**
Influencer-Marketing: „Raus aus der Grauzone – hinein in die rechtliche Problemzone“ 1166
- RA Sven Schonhofen, LL.M. und RAin Friederike Detmering, M.A., München**
#AD #SPONSOREDBY #SCHLEICHWERBUNG – Die rechtlichen Voraussetzungen des Influencer-Marketings und ihre Umsetzung in der Praxis 1171
- Wiss. Mit. Dipl.-Jur. Dirk Müllmann, Karlsruhe**
Auswirkungen der Industrie 4.0 auf den Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen 1177

RECHTSPRECHUNG

EuGH

- Verbraucherzentrale Berlin/Unimatic**
RL 2011/83/EU Art. 2 Nr. 9
EuGH, Urteil vom 07.08.2018 – C-485/17 1183
- Verein für lauterer Wettbewerb/Princesport**
VO (EU) Nr. 1007/2011 Art. 4, Art. 7 Abs. 1, Art. 9 Abs. 1, Art. 14
EuGH, Urteil vom 05.07.2018 – C-339/17 1186

BGH

- Ersatzteilminformation**
VO (EG) Nr. 715/2007 Art. 6 Abs. 1 S. 1; VO (EG) Nr. 692/2008 Ziffer 2.1 Abs. 4 des Anhangs XIV; VO (EU) Nr. 566/2011
BGH, Beschluss vom 21.06.2018 – I ZR 40/17 1189
- Zahlungsaufforderung**
UWG § 4a Abs. 1 S. 2 Nr. 3 und S. 3
BGH, Urteil vom 22.03.2018 – I ZR 25/17 1193
- #darferdas?**
RL 2008/95/EG Art. 3 Abs. 1 Buchst. b
BGH, Beschluss vom 21.06.2018 – I ZB 61/17 1196
- Davidoff Hot Water III**
VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 9 Abs. 2 Buchst. b; VO (EU) Nr. 2017/1001 Art. 9 Abs. 3 Buchst. b
BGH, Beschluss vom 26.07.2018 – I ZR 20/17 1200
- Dead Island**
RL 2001/29/EG Art. 8 Abs. 3; RL 2004/48/EG Art. 11 S. 3; TMG § 7 Abs. 4, § 8 Abs. 1 S. 2
BGH, Urteil vom 26.07.2018 – I ZR 64/17 1202

OLG Dresden

- Hassrede**
BGB §§ 305 ff.; NetzDG §§ 1 Abs. 2, 3
OLG Dresden, Beschluss vom 08.08.2018 – 4 W 577/18 1209

OLG Frankfurt a. M.

- Anforderungen an ein auf Sicherheitsmängel nach dem Produktsicherheitsrecht gestütztes Vertriebsverbot für einen Kinderschreibtisch**
ProdSG § 3 Abs. 2; UWG § 3a
OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 05.07.2018 – 6 U 28/18 1213
- Zur Zulässigkeit eines pauschalen Internet-Plattformverbotes im selektiven Vertrieb**
AEUV Art. 101; VertikalGVO Art. 3, Art. 4; GWB §§ 1, 19, 20
OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 12.07.2018 – 11 U 96/14 (Kart) 1214

Verpflichtung zur Information von Werbeadressaten über das Verbot einer bisher verwendeten Werbeaussage

- ZPO § 890
OLG Frankfurt a. M., Beschluss vom 01.08.2018 – 6 W 53/18 1223

Einfluss eines "PZN-Aufklebers" auf die markenrechtliche Erschöpfung beim Parallelimport von Medizinprodukten

- UMV Art. 15
OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 19.07.2018 – 6 U 54/17 1227

OLG Hamburg

ELLE vs. CellePhone

- VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 9 Abs. 2 lit. b) und c); VO (EU) Nr. 2017/1001 (UMV) Art. 9 Abs. 2 lit. b) und c)
OLG Hamburg, Urteil vom 26.07.2018 – 3 U 79/15 1229

OLG Köln

Gewinnabschöpfung bei unzulässig überhöhten Schadenspauschalen

- UWG § 10; BGB § 309 Nr. 5 lit. a
OLG Köln, Urteil vom 20.07.2018 – 6 U 26/18 1237

OLG München

Badelatsche

- UWG § 4 Nr. 3a, b
OLG München, Urteil vom 12.07.2018 – 29 U 1311/18 1240

Haftung des WLAN-Betreibers

- RL 2000/31/EG Art. 12 Abs. 1; RL 98/34/EG Art. 1 Nr. 2; TMG §§ 7, 8; ZPO §§ 517, 519, 520 Abs. 2 S. 1, S. 3, 543 Abs. 2 S. 1 Nr. 1; BGB §§ 670, 683
OLG München, Urteil vom 15.03.2018 – 6 U 1741/17 1243

OLG Stuttgart

„Null-Gebühren“-Girokonto

- PAngV § 1; ZPO §§ 935 ff.; GVG §§ 97 ff.
OLG Stuttgart, Urteil vom 07.06.2018 – 2 U 156/17 1248

Werbung auf Grabsteinen

- UWG §§ 3a, 8
OLG Stuttgart, Urteil vom 02.08.2018 – 2 U 1188/17 1252

Unwirksame AGB in Bausparverträgen

- BGB § 307; UKlaG § 1
OLG Stuttgart, Urteil vom 05.07.2018 – 2 U 167/17 1252

LG Berlin

Clinic

- UWG §§ 5, 3a; HWG § 11 Abs. 1 S. 3
LG Berlin, Beschluss vom 12.07.2018 – 52 O 135/18 1260

LG Essen

Verbandsmitgliedschaft

- UWG § 5
LG Essen, Urteil vom 12.07.2018 – 43 O 16/18 1261

LG Hamburg

„Zu verwenden wie Creme Fraîche“

- UWG § 5 Abs. 1; VO (EU) Nr. 1308/2013 Anh. VII Teil 3
LG Hamburg, Urteil vom 13.07.2018 – 315 O 425/17 1263

LG Osnabrück

Alternative zu Butterschmalz

- VO (EU) Nr. 1308/2013 Art. 78; UWG § 3a
LG Osnabrück, Urteil vom 23.01.2018 – 15 O 377/17 1265

LEITSÄTZE 1267



IDW **DL** *D3-Z7*

GEMEINSCHAFT SCHAFFT VERTRAUEN

sustainable finance

Ein nachhaltiges Finanzsystem für eine nachhaltige Wirtschaft // S. 909
Fortentwicklung der externen Unternehmensberichterstattung // S. 912

Im Gespräch //////////////////////////////////////
mit Bernhard Holz // S. 916

Die fachliche Frage //////////////////////////////////////
Verschmelzungsbedingte Ertragsteuern in der
Schlussbilanz // S. 927

Neu in den **IDW** Fachnachrichten

IDW PH 9.140 // IDW RS HFA 48 (Fortsetzung)

IDW Praxishinweis 2/2018

HFA zur Anwendung der Heubeck-Tafeln 2018

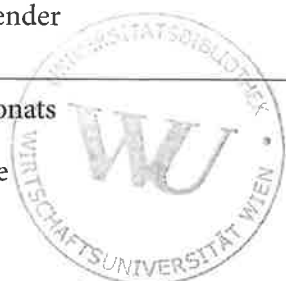
VFA zur Anwendung von IFRS 17

Editorial	905
Inhaltsverzeichnis	907
Im Fokus	908

Ein nachhaltiges Wirtschaftssystem für eine nachhaltige Wirtschaft in Europa: Empfehlungen der High Level Group und Aktionsplan der EU-Kommission – Unternehmensberichterstattung und Fitness Check on Corporate Reporting

IDW intern	916	Im Gespräch mit Bernhard Holz
	917	Standpunkte
	918	Blick nach innen/außen
IDW Veranstaltungen	920	Veranstaltungsbericht
	922	Veranstaltungskalender

IDW Service	925	Zahl/ Wort des Monats
	927	Die fachliche Frage
	929	Rechtsprechung
	932	Das IDW stellt sich vor /Ansprechpartner



Verlautbarungen & Fachliche Hinweise

IDW Fachnachrichten

Impressum IDW Life und IDW Fachnachrichten

Herausgeber und Verlag

Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.

Tersteegenstr. 14, 40474 Düsseldorf
Postfach 32 05 80, 40420 Düsseldorf
Tel.: (0211) 45 61-0, Fax: (0211) 4 54 10 97
www.idw.de, info@idw.de

ISSN 2365-0303

V. i. S. d. P.

WP StB Prof. Dr. Klaus-Peter Naumann,
Sprecher des Vorstands

Redaktion

Dipl.-Kfm. Dr. Karl Heinz Armeloh (verantwortl.),
Dipl.-Volksw. Cornelia Schrage (verantwortl.),
RAin Annette Schmid, E-Mail: schrage@idw.de

Abdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Erscheinungstag:

Immer zum 8. des Monats.

Anzeigen- und Beilagenaufträge

IDW Verlag GmbH
Jochen Kolb
Tersteegenstraße 14, 40474 Düsseldorf
Tel.: (0211) 4561-151, Fax: (0211) 4561-88-151
E-Mail: kolb@idw-verlag.de

Anzeigenpreise

Zurzeit gelten die Preise & Bedingungen der
Mediadaten 2018. Anzeigenschluss: 14 Tage
vor Erscheinen.

Bezugspreise

Der Bezugspreis für ein Exemplar je Nummer ist im Mit-
gliedsbeitrag enthalten. Zusatzexemplare je Nummer 4,- Euro
zuzüglich Mehrwertsteuer.

Bildrechte

Titel, S. 908 u. S. 913 : @istock.com/abadonian; S. 906 u. S. 924:
@fotolia.com/kasto; S. 911: @istock.com/franckreporter; S. 914:
@istock.com/AvigatorPhotographer; S. 917: @fotolia.com/scusi;
S. 918: @istock.com/jamesjames2541; S. 919: @istock.com/
gremlin u. @istock.com/ComicSans; S. 920 u. S. 929:
@istock.com/A-Digit; S. 925: @istock.com/erhui1979; S. 927:
@istock.com/mustafahacalaki; S. 928: @istock.com_YekoPhoto-
Studio; S. 932, links: @istock.com/AndreyPopov; S. 932, Mitte:
@istock.com/Emir Memedovski; S. 932, rechts: @istock.com/
OJO_Images

Druck:

Bagel Security-Print GmbH & Co. KG, Mönchengladbach

SW *DB-Z25*

Steuer- und Wirtschaftskartei



Linde
www.lindeverlag.at

Tagesfragen

Neue Prüfungsorganisation und Kassenreform
Highlights der Investmentfondsrichtlinien 2018
Erosion von Steuereinnahmen durch „Digitalisierung“?

Einkommensteuer

Ergebnisabführungsverträge und Einlagenrückzahlungen
Gewinnerhöhende Auflösung unbewegter Sparguthaben
Einkunftsart bei Wohnrechtsablöse

Bankdaten

Informationsaustausch in der Steuerpraxis

Wirtschaft

Utility-Token als (vermeintlicher) Gutschein
Facebook-Zugang ist vererblich

STEUER- UND WIRTSCHAFTSKARTEI

Zeitschrift für das gesamte Steuer- und Wirtschaftsrecht

In diesem Heft

Neue Prüfung lohnabhängiger Abgaben – schlankere Kassenstruktur	1230
Ausgewählte Highlights der Investmentfondsrichtlinien 2018 (Teil 1) (Bodis / Wild)	1232
Zur möglichen Erosion von Steuereinnahmen durch die „Digitalisierung“ (Leserbrief G. Moser)	1240
Ergebnisabführungsverträge und Einlagenrückzahlungen nach § 4 Abs 12 EStG (Beiser)	1242
Gewinnerhöhende Auflösung unbewegter Sparguthaben in der Bankbilanz (Kurahs)	1245
Keine Sanierbarkeit eines fehlenden Wiederaufnahmegrundes im Beschwerdeverfahren	1249
Steuertermine im Oktober	1249
Nochmals: Einkunftsart bei Wohnrechtsablöse (Peyerl)	1250
Internationaler Informationsaustausch in der Steuerpraxis (Lochmann)	1254
Der Utility-Token als (vermeintlicher) Gutschein (Brezina)	1258
Digitaler Nachlass – Facebook-Zugang ist vererblich	1265
Aus der jüngsten Rechtsprechung (aktuelle Steuerjudikatur)	1266
■ EuGH: Kfz-Steuer/Diskriminierungsverbot	
■ EuGH: MwSt/Übertragung von Grundstücken	
■ EuGH: MwSt/Einfuhr aus Drittstaat und ig Lieferung	
■ EuGH: MwSt/Vorsteuerabzug	
■ EuGH: Niederlassungsfreiheit/Verlustberücksichtigung	
■ EuGH: MwSt/Vorsteuerabzug	



Impressum: Siehe Umschlagseite gegenüber

Inhaltsverzeichnisdienst per E-Mail.
Anmeldung unter <https://www.lindeverlag.at/newsletter>

SWK

Steuer- und Wirtschaftskartei

Redaktion: Prof. Gerhard Gaedke/Dr. Gerhard Kohler
Dr. Christa Lattner/Mag. Stefan Menhofer
Dr. Michael Tumpel
Tel. Redaktion: +43 1 24 630, **Fax:** DW 51
E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at
Tel. Verlag: +43 1 24 630 Serie, **Fax:** DW 23
Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24

Betriebs Berater

BB

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-ZM

40 | 2018

Recht ... Wirtschaft ... Steuern ... Compliance ... Kapitaleinkünfte ... Recht ... Wirtschaft ... 1.10.2018 | 73. Jg. Seiten 2305–2368

DIE ERSTE SEITE

Prof. Dr. Ekkehart Reimer

Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung: Garant von Wahrung und Innovation des Rechts

WIRTSCHAFTSRECHT

Prof. Dr. Michael Arnold, RA, und Jan-David Geiger, RA

Haftung für Compliance-Verstöße im Konzern | 2306

Dr. Nico Frehse

Die Angebotsänderung nach § 21 WpÜG – Erfolgsgarant oder doch nur hinausgezögertes Scheitern des öffentlichen Erwerbs- oder Übernahmeangebots? | 2312



STEUERRECHT

Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinshoff, Präsident des BFH

100 Jahre Steuerrechtsprechung in Deutschland | 2327

Prof. Dr. Monika Jachmann-Michel, Vors. RiBFH

Nach fast 100 Jahren anders: Verluste unter dem Regime der Abgeltungsteuer | 2329

Prof. Jürgen Brandt, RiBFH

Die Entwicklung der Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit seit der Gründung des Reichsfinanzhofs vor 100 Jahren | 2334

BILANZRECHT UND BETRIEBSWIRTSCHAFT

Prof. Dr. habil. Heinrich Weber-Grellet, Vors. RiBFH a. D.

100 Jahre Bilanzrechtsprechung durch RFH und BFH | 2347

Prof. Dr. Peter Oser, WP/StB, und Dr. Stefan Bischof, WP/StB

Neue Heubeck-Richttafeln: erstmalige Anwendung nach HGB, IFRS und EStG | 2352

ARBEITSRECHT

Tobias Neufeld, LL.M., RA/FAArBR/Solicitor

Die Abfindung kollektivrechtlicher Ansprüche auf betriebliche Altersversorgung | 2357

Schwerpunktheft
100 Jahre RFH und BFH

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH: Gerichtliche Überprüfung der Missbräuchlichkeit einer Vertragsklausel (20.9.2018 – C-51/17)

EuGH: Pflicht zur Angabe des effektiven Jahreszinses im Kreditvertrag – Streithilfe von Verbraucherschutzvereinigungen (20.9.2018 – C-448/17)

Aufsätze

Compliance

Prof. Dr. Michael Arnold, RA, und Jan-David Geiger, RA

Haftung für Compliance-Verstöße im Konzern

Compliance ist aus der Diskussion um Pflichten und Haftung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern nicht mehr wegzudenken. Das zeigt schon ein Blick in die Wirtschaftspresse: Betroffen sind häufig Unternehmen, die sich in Konzernstrukturen gliedern. Wenn von Compliance und Haftung für Compliance-Verstöße die Rede ist, geht es daher praktisch meist um Konzern-Compliance. Die Besonderheiten der Haftung für Compliance-Verstöße im Konzern behandelt dieser Beitrag.

Dr. Nico Frehse

Die Angebotsänderung nach § 21 WpÜG – Erfolgsgarant oder doch nur hinausgezögertes Scheitern des öffentlichen Erwerbs- oder Übernahmeangebots?

Mit Bekanntmachung im Bundesanzeiger vom 20.7.2018 teilte die Deutsche Balaton Boitech AG mit, ihr freiwilliges öffentliches Erwerbsangebot in Form eines Teilangebots an die Aktionäre der Biofrontera AG – 17 Tage vor dem Ablauf der Annahmefrist – zu ändern. Dabei handelte es sich für die diesjährige Erwerbs- und Übernahmeangebotsaison um die zweite Änderung eines Angebots; insgesamt betrachtet stellte dies mittlerweile indes die 62. Angebotsänderung seit dem Inkrafttreten des WpÜG im Jahr 2002 dar. Das nimmt der Beitrag zum Anlass, das Institut der Angebotsänderung nach § 21 WpÜG genauer zu durchleuchten und mit einem Blick auf die Angebotspraxis der letzten 17 Jahre hinsichtlich der Eignung als Katalysator für ein erfolgreiches Angebot zu untersuchen.

Entscheidungen

BGH: Unwirksamkeit der „print@home“-Gebührenklausel eines Onlineanbieter für Veranstaltungstickets (23.8.2018 – III ZR 192/17) 2317

OLG Düsseldorf: D&O-Versicherung deckt nicht die GmbH-Geschäftsführerhaftung gemäß § 64 GmbHG (20.7.2018 – 4 U 93/16 – dazu BB-Kommentar von **Carsten Laschet, RA**) 2321

Neuerscheinung Buch

Groß, IP-/IT-Mediation

Erfolgreiches Konfliktmanagement

3. Auflage 2018, 513 Seiten, Kt., € 129,-

ISBN: 978-3-8005-0002-4 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Neuerscheinung Buch

Säcker, Band 3, Europäische und deutsche

Rechtsverordnungen zum Energierecht

4. Auflage 2018, 3.232 Seiten, Geb., € 329,-

ISBN: 978-3-8005-1562-2 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: Kein Nachweis eines niedrigeren Grundstückswerts durch den Bilanzansatz oder durch Ableitung aus dem Kaufpreis für einen Gesellschaftsanteil (25.4.2018 – II R 47/15)

BFH: Begründung einer konkludenten Mitunternehmerschaft bei Landwirtehegatten (16.5.2018 – VI R 45/16)

BFH: Kein ermäßigter Umsatzsteuersatz für die Lieferung von Holzhackschnitzeln (26.6.2018 – VII R 47/17)

Gesetzgebung

BR: Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

FinMin Hessen/FinMin Baden-Württemberg: Steuerfreiheit für das Jobticket

Aufsätze

Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff, Präsident des BFH

100 Jahre Steuerrechtsprechung in Deutschland

Vom Reichsfinanzhof zum Bundesfinanzhof

Am 26.7.1918 wurde der Reichsfinanzhof noch von Kaiser Wilhelm II. durch das „Gesetz über die Errichtung eines Reichsfinanzhofs und über die Reichsaufsicht für Zölle und Steuern“ errichtet. Als Sitz dieses Gerichts bestimmte der Bundesrat München. Der Bundesfinanzhof steht damit in der Kontinuität dieses ersten eigenständigen obersten Gerichtshofs für Steuer- und Abgabenangelegenheiten. Dies ist Anlass, auf die wechselvolle einhundertjährige Geschichte der Steuerrechtsprechung in Deutschland zurückzublicken.

Kapitaleinkünfte

Prof. Dr. Monika Jachmann-Michel, Vors. RiBFH

Nach fast 100 Jahren anders: Verluste unter dem Regime der Abgeltungsteuer

Verluste waren für den RFH kein Problem der Einkünfte aus Kapitalvermögen, folgten diese doch vor wie nach Einführung des Reicheinkommensteuergesetzes vom 29.3.1920 der Quellentheorie (Wagner 1880; Fuisting, Die Grundzüge der Steuerlehre, 1902, S. 109, 148 ff.). Mit der damit einhergehenden Nichtsteuerbarkeit des Vermögensstamms bricht die geltende Abgeltungsteuer. Parallel erweitert sie den Gegenstand des traditionellen (vgl. schon KapESTG vom 29.3.1920) Kapitalertragsteuerabzugs und statuiert seine abgeltende Wirkung. Beides weist neue Wege für die Verlustberücksichtigung in materieller wie verfahrensrechtlicher Hinsicht, die der BFH bereits ein Stück weit gegangen ist. Der Beitrag gibt einen Überblick hierzu.

Prof. Jürgen Brandt, RiBFH

Die Entwicklung der Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit seit der Gründung des Reichsfinanzhofs vor 100 Jahren

In diesen Tagen gibt die Gründung des RFH vor 100 Jahren Veranlassung, Entwicklung und Stand der höchstrichterlichen Steuerrechtsprechung zu würdigen. In diesem Zusammenhang soll der Beitrag zu wesentlichen Entwicklungen der Rechtsprechung zu den Einkünften aus selbständiger Arbeit sowie deren Abgrenzung zu gewerblichen Einkünften Stellung nehmen.

Entscheidung

BFH: Berechnung der 44 Euro-Freigrenze bei Sachbezügen (6.6.2018 – VI R 32/16 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Lukas Hilbert**)

2305

2306

2312

2317

2321

2325

2327

2329

2334

2341

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

Rechnungslegung

IFRS: Vorgeschlagene Ergänzungen der IFRS-Taxonomie

EU-Kommission: Konferenz zur Zukunft der Unternehmensberichterstattung

EU-Kommission: Öffentliche Diskussionsrunde zur nichtfinanziellen Berichterstattung

BDO: Bei Nachhaltigkeitsberichten wird auf Standards der Global Reporting Initiative gesetzt – Prüfung durch WP hoch im Kurs

DRSC: Einladung zur Einreichung von Themenvorschlägen zu DRS 18

DRSC: Ergebnisse der 69. Sitzung des IFRS-FA

Wirtschaftsprüfung

IDW: Podcast zu Datenschutzprüfungen

Umweltbundesamt: Projekt zum Verpackungsgesetz 2019 ausgeschrieben – Wirtschaftsprüferberuf ist angesprochen

Lünendonk: Audit-Kerngeschäft unterliegt starkem Wandel

Finanzierung

EY: Weltweit weniger Börsengänge – aber in Deutschland stärkstes IPO-Jahr seit der Jahrtausendwende

Aufsätze

Prof. Dr. habil. Heinrich Weber-Grellet, Vors. RiBFH a. D.

100 Jahre Bilanzrechtsprechung durch RFH und BFH

Der Beitrag untersucht die Entwicklung der Rechtsprechung des RFH und des BFH zum Bilanzsteuerrecht. Dabei wird der Frage nachgegangen, auf welchen bilanzsteuerrechtlichen Fundamenten RFH und BFH stehen und wie sich diese Positionen auf die jeweilige Rechtsprechung ausgewirkt haben bzw. auch heute noch auswirken. Nach einer kurzen Darstellung der bilanztheoretischen Grundpositionen (Abschn. II.) und dem Zweck der Gewinnermittlung (Abschn. III.) wird die Rechtsprechungsentwicklung mit Blick auf Wirtschaftsgut und Aktivierung (Abschn. IV.), Bewertung (Abschn. V.), Rückstellungen (Abschn. VI.), Realisation (Abschn. VII.), Bilanzenzusammenhang, Fehlerberichtigung, Wertauffhellung (Abschn. VIII.) und Mitunternehmerschaft (Abschn. IX) analysiert, um dann in Abschn. X. abschließend die grundlegenden Entwicklungslinien von RFH zu BFH aufzuzeigen.

Prof. Dr. Peter Oser, WP/StB, und **Dr. Stefan Bischof**, WP/StB

Neue Heubeck-Richttafeln: erstmalige Anwendung nach HGB, IFRS und EStG

Am 20.7.2018 hat die Heubeck AG neue Richttafeln („Sterbetafeln“) veröffentlicht, mit denen die biometrischen Rechengrundlagen für die versicherungsmathematische Bewertung von Rückstellungen an die jüngsten Entwicklungen bei Sterblichkeits-, Invalidisierungs- und Verheiratungswahrscheinlichkeiten angepasst werden. Zuletzt wurden die Richttafeln (RT) im Jahr 2005 aktualisiert und erstmals als Generationentafeln (G, zuvor: Periodentafeln) ausgestaltet (Heubeck RT 2005 G). Aus der Veröffentlichung der neuen RT 2018 G ergeben sich bei der Aufstellung von (Jahres-, Konzern- und Zwischen-)Abschlüssen nach HGB, IFRS und EStG zahlreiche Anwendungsfragen, zu denen sich der Hauptfachausschuss (HFA) des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) zu Wort gemeldet hat. In dem Beitrag wird nach einer kurzen Einführung in die Bedeutung der Heubeck RT (Abschn. I.) der besonders bedeutsame zeitliche Anwendungsbereich der neuen RT erörtert (Abschn. II.). Abschn. III. untersucht sodann die bilanzielle Behandlung eines Unterschiedsbetrags aus der erstmaligen Anwendung der neuen RT nach HGB, IFRS und EStG. Daran schließen sich Fragen der Berichterstattung im (Konzern-)Anhang an (Abschn. IV.). Eine thesenförmige Zusammenfassung der Ergebnisse (Abschn. V.) beschließt den Beitrag.

2345

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BAG: Befristung wegen Drittmittelfinanzierung an Hochschule (23.5.2018 – 7 AZR 875/16)

BAG: Beweiswürdigung durch das Gericht bei außerordentlicher Tat- und Verdachtskündigung (25.4.2018 – 2 AZR 611/17)

BAG: Verwässerungsausgleich bei effektiven Kapitalerhöhungen (27.6.2018 – 10 AZR 295/17)

Aufsatz

Tobias Neufeld, LL.M., RA/FAArbR/Solicitor (England & Wales)

Die Abfindung kollektivrechtlicher Ansprüche auf betriebliche Altersversorgung

Eine wirksame Option zur Reduzierung der finanziellen Risiken aus Systemen betrieblicher Altersversorgung ist die Abfindung von Versorgungsanwartschaften sowie laufender Leistungen, soweit das grundsätzliche Abfindungsverbot in § 3 BetrAVG eine Abfindung erlaubt. Dies ist insbesondere im laufenden Arbeitsverhältnis sowie bei Altrenten der Fall, die erstmals vor dem 1.1.2005 zahlbar waren. Dieser Beitrag beantwortet die wesentlichen arbeitsrechtlichen Fragen bei der Planung korrespondierender Abfindungsprogramme. Dabei wird insbesondere der bisher wenig beachteten Frage nachgegangen, inwieweit Betriebsräte bei der Abfindung kollektivrechtlich begründeter Betriebsrentenansprüche zu beteiligen sind.

2347

Entscheidung

BAG: Nacharbeitszuschlag – Gleichheitssatz (21.3.2018 – 10 AZR 34/17 – dazu BB-Kommentar von Dr. Werner Thienemann, RA)

2355

2356

2362



BB-Workshop Verrechnungspreise in der Praxis

21. November 2018 | dfv Mediengruppe, Frankfurt am Main

<http://veranstaltungen.ruw.de/vpv>

Die Erste Seite

Prof. Dr. Ekkehart Reimer

**Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung:
Garant von Wahrung und Innovation des Rechts**

Impressum/Vorschau

VIII



GmbHRundschau

Zeitschrift für Gesellschafts-,
Unternehmens- und Steuerrecht
der GmbH und GmbH & Co. KG

Herausgegeben von der Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt

gmbhr.de

in Verbindung mit Prof. Dr. Walter Bayer · RA/StB Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch ·
WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu · Ltd. RegDir. Ralf Neumann · RA Prof. Dr. Jochem Reichert



Aufsätze >

Thomas Glaser – EU-Datenschutz-Grundverordnung: Praxishinweise zur Implementierung von Datenschutz-Management-Systemen in Unternehmen 993

Christoph Schreiber – Beherrschungsvertrag und Verlustausgleich im GmbH-Konzern 1003

Rechtsprechung >

Gesellschafterversammlung: Zuständigkeit für Abschluss, Änderung und Beendigung des Dienstvertrags eines GmbH-Geschäftsführers bei Fehlen abweichender Satzungsbestimmungen (BGH, Urt. v. 3.7.2018 – II ZR 452/17) *m. Anm. Karsten Haase* 1009



Gesellschafterbeschluss: Nichtigkeit der Beschlussfassung einer KG wegen Nichtbeachtung eines Stimmverbots (OLG München, Urt. v. 18.7.2018 – 7 U 4225/17) *m. Anm. Christian Bochmann/Carolin Becker* 1011

GmbH & Co. KG: Nichtigkeit von Beschlüssen über die Feststellung von Jahresabschlüssen (OLG München, Urt. v. 19.7.2018 – 23 U 2737/17) 1020

Körperschaftsteuer-Guthaben: Keine verfahrensrechtliche Verknüpfung in § 40 Abs. 1 KStG (BFH, Beschl. v. 28.3.2018 – I R 90/15) *m. Anm. Manuel Brühl* 1028

Gewerbsteuer: Hinzurechnung von transaktionsbezogenen Zahlungen bei computerisierten Reiseinformations- und -vertriebssystemen (BFH, Urt. v. 26.4.2018 – III R 25/16) *m. Anm. Mathias Wenzler* 1033

GmbHR im Blickpunkt

Jessica Schmidt – Ein „Rettungsanker“ für die Limiteds – Der RefE für ein 4. UmwÄndG R292

GmbHR**GmbHRundschau**Zeitschrift für Gesellschafts-, Unternehmens- und Steuerrecht
der GmbH und GmbH & Co. KG**Herausgeber:**

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt

in Verbindung mit Prof. Dr. Walter Bayer, Friedrich-Schiller-Universität Jena · RA/StB Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch, Partner Of Counsel WTS Group AG StBG, Hamburg/München · WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu, dhpG Dr. Harzem & Partner mbB, Bonn · Ltd. RegDir. Ralf Neumann, Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung, Aachen · RA Prof. Dr. Jochem Reichert, SZA Schilling, Zutt & Anschutz, Mannheim**Herausgeber-Beirat:**

Prof. Dr. Georg Crezelius, Of Counsel, Linklaters LLP, München · Prof. Dr. Detlef Kleindiek, Universität Bielefeld · RiBFH Dr. Christian Levedag, LL.M. Tax, München · Notar Dr. Thomas Wachter, München · RA/StB Prof. Dr. Götz Tobias Wiese, WIESE LUKAS PartG mbB, Hamburg

Inhalt

gmbhr.de

Aufsätze**Thomas Glaser – EU-Datenschutz-Grundverordnung: Praxishinweise zur Implementierung von Datenschutz-Management-Systemen in Unternehmen**

Mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wurden neben einer Reihe von Betroffenenrechten verschiedene organisatorische Pflichten eingeführt, die zu einem nicht unerheblichen Anpassungsbedarf im Hinblick auf die Compliance- bzw. Datenschutz-Management-Systeme (CMS/DMS) der hiervon betroffenen Unternehmen führen. Der vorliegende Beitrag stellt ausgewählte organisatorische Pflichten vor und gibt einen Überblick über nützliche Praxishinweise für deren Umsetzung, die sich den ersten Monaten der Implementierungsphase bereits als Best Practice herausgebildet haben. Der vorliegende Beitrag richtet sich dabei an Unternehmen, die unter die Definition des Verantwortlichen im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO fallen. 993

Privatdozent Dr. Christoph Schreiber – Beherrschungsvertrag und Verlustausgleich im GmbH-Konzern

Für das GmbH-Konzernrecht sind bereits die rechtlichen Grundlagen umstritten. Für eine rechtssichere Einordnung der GmbH im Unternehmensverbund fehlen spezifische Vorschriften wie §§ 291 ff. AktG, woraus sich die entsprechende Anwendung dieser aktienrechtlichen Normen ergibt. Allerdings ist keine einheitliche Linie in der Frage erkennbar, welche Regelungen des Aktienkonzernrechts auf die GmbH analog anwendbar sein sollen und welche nicht. In diesem Beitrag wird der Verlustausgleichsanspruch der beherrschungsvertraglich gebundenen GmbH, der überwiegend ohne Weiteres aus § 302 Abs. 1 AktG analog hergeleitet wird, im Koordinatensystem des allgemeinen Gesellschaftsrechts und des bürgerlichen Rechts untersucht. 1003

Rechtsprechung**Gesellschaftsrecht**

Gesellschafterversammlung: Zuständigkeit für Abschluss, Änderung und Beendigung des Dienstvertrags eines GmbH-Geschäftsführers bei Fehlen abweichender Satzungsbestimmungen

(BGH, Urt. v. 3.7.2018 – II ZR 452/17)

m. Anm. Karsten Haase 1009

Steigern Sie Ihre Performance mit dem neuen Formularbuch Gesellschaftsrecht: Fokussiert, praxisnah, zuverlässig und natürlich topaktuell!

Inhalt

Gesellschafterbeschluss: Nichtigkeit der Beschlussfassung einer KG wegen Nichtbeachtung eines Stimmverbots	(OLG München, Urt. v. 18.7.2018 – 7 U 4225/17) m. Anm. Christian Bochmann / Carolin Becker	1011
Gewinnverwendung: Anfechtung eines Ergebnisverwendungsbeschlusses und Inanspruchnahme der GmbH auf Ausschüttung eines erzielten Jahresüberschusses	(OLG Koblenz, Urt. v. 1.2.2018 – 6 U 442/17).....	1016
GmbH & Co. KG: Nichtigkeit von Beschlüssen über die Feststellung von Jahresabschlüssen	(OLG München, Urt. v. 19.7.2018 – 23 U 2737/17).....	1020
Haftung des Geschäftsführers: Örtliche Zuständigkeit des Gerichts am Sitz der Gesellschaft bei Ersatzanspruch gerichtet auf Wiederauffüllung der Masse	(OLG München, Beschl. v. 16.7.2018 – 34 AR 11/18).....	1027
<hr/>		
Steuerrecht		
Körperschaftsteuer-Guthaben: Keine verfahrensrechtliche Verknüpfung in § 40 Abs. 1 KStG	(BFH, Beschl. v. 28.3.2018 – I R 90/15) m. Anm. Manuel Brühl	1028
Gesellschafter: „Stehenlassen“ einer Gesellschafterforderung als mit Darlehensgewährung wirtschaftlich vergleichbare Rechtshandlung	(BFH, Beschl. v. 15.5.2018 – I B 114/17).....	1032
Gewerbesteuer: Hinzurechnung von transaktionsbezogenen Zahlungen bei computerisierten Reiseinformations- und -vertriebssystemen	(BFH, Urt. v. 26.4.2018 – III R 25/16) m. Anm. Mathias Wenzler	1033
Gewinnermittlung: Keine unbillige Härte bei Verpflichtung eines Unternehmers zur elektronischen Übermittlung seiner Bilanz und GuV	(BFH, Urt. v. 15.5.2018 – VII R 14/17).....	1038

GmbHR Report

GmbHR im Blickpunkt

Prof. Dr. Jessica Schmidt, LL.M. – Ein „Rettungsanker“ für die Limiteds – Der RefE für ein 4. UmwÄndG	R292
--	------

Unternehmensrecht

Verschmelzung in Basel-Stadt zulässig (<i>Stephan Ulrich</i>)	R294
Wunsch rechtfertigt noch keine Nebenintervention (<i>Stephan Ulrich</i>)	R294
Erwerb einer KG-Beteiligung durch Minderjährigen lediglich rechtlich vorteilhaft (<i>Stephan Ulrich</i>)	R294
Rechtsnachfolge ist durch öffentliche Urkunden nachzuweisen (<i>Stephan Ulrich</i>)	R294

Steuer- & Bilanzrecht

Ablaufhemmung bei Änderung eines Einkommensteuerbescheids des Gesellschafters aufgrund einer vGA (<i>Christian Levedag</i>)	R294
Auflösung eines passiven Rechnungsabgrenzungsposten bei Betriebsaufgabe (<i>Christian Levedag</i>)	R296
Klarstellungen zur Anwendung des Freibetrags für Belegschaftsrabatte – Vertrieb einer Ware oder Dienstleistung im Sinne des § 8 Abs. 3 EStG (<i>Georg Geberth / Susanne Weber</i>)	R297
Insolvenzrechtliches Aufrechnungsverbot bei nachträglichem Verzicht auf Steuerfreiheit nach § 9 UStG (<i>Jürgen Scholz / Christof Braun</i>)	R298



Eine Institution im GmbH-Recht.

Band I des *Scholz* ist erschienen:
Wie eh und je meinungsbildend, tiefgehend
und souverän. Und natürlich top-aktuell!

Bestellen Sie jetzt unter otto-schmidt.de/scholz12

Inhalt

Arbeits- & Sozialrecht

Geschäftsführer-Anstellungsvertrag: Aufhebung ist auch mündlich möglich (<i>Claudia Kothe-Heggemann</i>)	R298
Direktionsrecht des Arbeitgebers: Arbeitsbereitschaft im Drei-Minuten-Takt anzeigen, kann nicht verlangt werden (<i>Claudia Kothe-Heggemann</i>)	R300

Wirtschafts-Praxis

Studie zur Unternehmensverschuldung weltweit (<i>Marianne Gajo</i>)	R301
Befragung zu Präferenzen bei der Arbeitssuche (<i>Marianne Gajo</i>)	R301

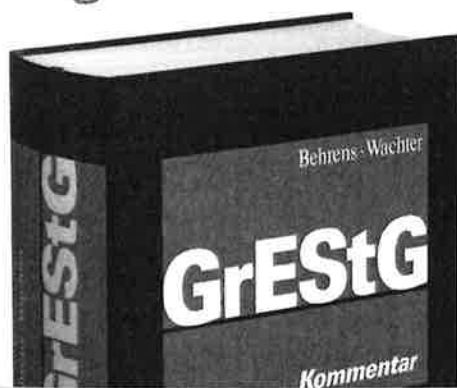
Zeitschriftenspiegel

Gesellschaftsrecht	R302
Steuerrecht	R303

Wussten Sie schon ...

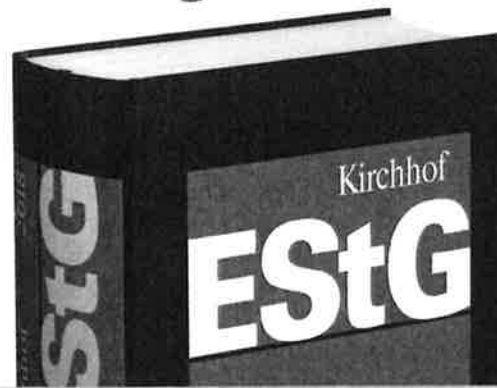
Im **Beratermodul GmbHR** haben Sie Zugriff auf das Online-Archiv Ihrer Zeitschrift. In der **Zeitschriften-App** lesen Sie aktuelle Beiträge auf Ihrem Smartphone. Bei Fragen zu Ihren **Freischaltcodes** wenden Sie sich gerne an den Kundenservice: Telefon 0221 / 93738-997 oder E-Mail an kundenservice@otto-schmidt.de

Lückenlose
Argumentation.



otto-schmidt.de/bwgr

Perfekt
ausgerichtet.



otto-schmidt.de/kest17

DER BETRIEB

1948 | 2018
70
JAHRE

38

Seite 2253 – 2316
21. September 2018
71. Jahrgang

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z 12

Herausgeber

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Ballwieser
Prof. Dr. Johanna Hey
Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinshoff
Friedrich Merz

Magazin

Gastkommentar

Klaus Offerhaus
Ungerechte Kostenentscheidung
bei Weitergeltungsanordnung des
BVerfG

Interview

Martin Vosen
Betriebsprüfung: Wie die
Finanzverwaltung den
Unternehmenswert ermittelt

Betriebswirtschaft

Arbeitskreis „Integrated Reporting“ (AKIR) der Schmalenbach-Gesellschaft
für Betriebswirtschaft
Erstanwendung des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes 2253

Steuerrecht

Florian Holle
Teilwertabschreibung von Kundenforderungen eines Kreditinstituts:
Streit um die Einzelwertberichtigungen 2261

Jörg Schrade

Haftung des Abtretungsempfängers einer zahlungsgestörten Forderung
nach § 13c UStG bei Insolvenz des Leistungserbringers 2268

Haftung eines „director“ einer Limited (M. Hennigfeld) 2273

Verlust aus der Veräußerung von Aktien (BFH) 2278

Wirtschaftsrecht

Natalie Daghles
Cybersecurity-Compliance: Pflichten und Haftungsrisiken für
Geschäftsleiter in Zeiten fortschreitender Digitalisierung 2289

Festsetzung der Barabfindung anhand des objektivierte
Unternehmenswerts (U. Binder/S. Glasmacher) 2295

Postlaufzeit und Ankündigungsfrist bei Einberufung von
GmbH-Gesellschafterversammlungen (G. Seulen/D. Zimmer) 2296

Zahlungsklage einer Gesellschaft gegen Nichtgesellschafter: Kein recht-
liches Interesse eines Gesellschafters am Beitritt zum Rechtsstreit (BGH) 2297

Arbeitsrecht

Felix Podewils
Haftungsabgrenzung nach arbeitsrechtlichen Grundsätzen auch für
Vorstände und Geschäftsführer? 2304

Urlaubsanspruch: Voraussetzungen der Kürzungserklärung (C. Wirtz) 2308

Umkleidezeiten bei auffälliger Dienstkleidung (D. H. Laskawy/P. Lomb) 2309

Befristung einer Arbeitszeiterhöhung (D. Hund/V. Holzbauer) 2310

Rückzahlung einer tarifvertraglichen Sonderzuwendung (BAG) 2311



Im Abonnement enthalten:

**DER LIVE
BETRIEB**
Ihre App - täglich aktuell

Owlit
Suchen. Finden. Wissen.

**Handelsblatt
FACHMEDIEN**



Inhalt

MAGAZIN

Gastkommentar <i>Klaus Offerhaus</i>	M4
Aktuelle Rechtsprechung	M6
Anhängige Verfahren	M8
Kurzbeiträge	M10
Impressum	M16
Meldungen	M17
Handelsblatt Nachrichten	M24
Neue Datenbankinhalte	M25
Interview <i>Martin Vosen</i>	M26
Handelsblatt Grafik	M28
Handelsblatt Gastkommentar	M30
Worte der Woche	M32

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Rechnungslegung

Erstanwendung des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes

Arbeitskreis „Integrated Reporting“ (AKIR) der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft e.V., Köln

DB1278465 (Kurzfassung vgl. S. M10)

S. 2253

STEUERRECHT

AUFSATZ

Bilanzsteuerrecht

Teilwertabschreibung von Kundenforderungen eines Kreditinstituts: Streit um die Einzelwertberichtigungen

StB Dr. Florian Holle, Berlin

DB1278615 (Kurzfassung vgl. S. M12)

S. 2261

Umsatzsteuer

Haftung des Abtretungsempfängers einer zahlungs-gestörten Forderung nach § 13c UStG bei Insolvenz des Leistungserbringers

StB Jörg Schrade, München

DB1276568 (Kurzfassung vgl. S. M13)

S. 2268

KOMPAKT

Abgabenordnung

Haftung eines „director“ einer Limited

RiFG Dr. Michael Hennigfeld, Köln

DB1281553

S. 2273

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Gewinnermittlung

Ertragsteuerliche Behandlung der GrEST beim Wechsel im Gesellschafterbestand einer PersGes. (§ 1 Abs. 2a GrESTG) und bei Anteilsvereinigung (§ 1 Abs. 3 GrESTG)

LSF Niedersachsen, Verfügung vom 16.07.2018

DB1281543

S. 2274

Grunderwerbsteuer

Anwendung der Freigrenze des § 3 Nr. 1 GrESTG bei mehreren Veräußerern und Erwerbem

LSF Sachsen, Verfügung vom 16.07.2018

DB1281544

S. 2275

Umsatzsteuer

Eingliederungsleistungen

LSF Niedersachsen, Verfügung vom 01.08.2018

DB1281542

S. 2276

ENTSCHEIDUNGEN

Gewinnermittlung

Keine Anwendung des Abzugsverbots nach § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EStG a.F. bei Aufwendungen eines Raststättenbetreibers für die Bewirtung von Busfahrern als Gegenleistung für das Zuführen von potenziellen Kunden

BFH, Urteil vom 26.04.2018 – X R 24/17

DB1281658

S. 2277

Einkommensteuer

Verlust aus der Veräußerung von Aktien

BFH, Urteil vom 12.06.2018 – VIII R 32/16

DB1281659

S. 2278

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Vertrieb einer Ware oder Dienstleistung i.S.d. § 8 Abs. 3 EStG

BFH, Urteil vom 26.04.2018 – VI R 39/16

DB1280205

S. 2280

Umsatzsteuer

Zum Rechnungsmerkmal „vollständige Anschrift“ bei der Ausübung des Rechts auf Vorsteuerabzug

BFH, Urteil vom 13.06.2018 – XI R 20/14

DB1281660

S. 2284

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Digitalisierung

Cybersecurity-Compliance: Pflichten und Haftungsrisiken für Geschäftsleiter in Zeiten fortschreitender Digitalisierung

RA Dr. Natalie Daghles, Düsseldorf

DB1280123 (Kurzfassung vgl. S. M14)

S. 2289

KOMPAKT

Unternehmensbewertung

Festsetzung der Barabfindung anhand des objektiven Unternehmenswerts

RAin Dr. Ulrike Binder und RA Dr. Stefan Glasmacher, Frankfurt/M. und Düsseldorf

DB1280581

S. 2295

GmbH-Recht

Postlaufzeit und Ankündigungsfrist bei Einberufung von GmbH-Gesellschafterversammlungen

RA Dr. Günter Seulen, Köln/RA Daniel Zimmer, Frankfurt/M.

DB1280607

S. 2296

ENTSCHEIDUNGEN

Verfahrensrecht

Zahlungsklage einer Gesellschaft gegen Nichtgesellschafter: Regelmäßig kein rechtliches Interesse eines Gesellschafters am Beitritt zum Rechtsstreit

BGH, Beschluss vom 03.07.2018 – II ZB 28/16

DB1281352

S. 2297

Personengesellschaftsrecht

Nachweis der anwachungsbedingten Gesamtrechtsnachfolge eines Gesellschafters nach Vollbeendigung der Gesellschaft im grundbuchrechtlichen Verfahren

BGH, Beschluss vom 05.07.2018 – V ZB 10/18

DB1281580

S. 2298

Wettbewerbsrecht

Unzulässige Verwendung einer E-Mail-Adresse zu Werbezwecken (Kundenzufriedenheitsbefragung) nach Abschluss einer Verkaufstransaktion

BGH, Urteil vom 10.07.2018 – VI ZR 225/17

DB1281581

S. 2300

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitsvertragsrecht/Haftungsrecht

Haftungsbegrenzung nach arbeitsrechtlichen Grundsätzen auch für Vorstände und Geschäftsführer?

RA Dr. Felix Podewils, Frankfurt/M.

DB1272165 (Kurzfassung vgl. S. M15)

S. 2304

KOMPAKT

Elternrecht/Urlaubsrecht

Kürzung des Urlaubsanspruchs: Voraussetzungen der Kürzungserklärung und Vereinbarkeit mit Unionsrecht

RA Christian Wirtz, LL.M. (Cape Town), Düsseldorf

DB1278678

S. 2308

Entgeltrecht/Arbeitsvertragsrecht

Vergütung für Umkleidezeiten bei auffälliger Dienstkleidung

RA/FAArbR Dirk H. Laskawy / RAin/FAinArbR Peggy Lomb, Leipzig/München

DB1279600

S. 2309

Befristungsrecht

Starre Grenze bei der Befristung einer Arbeitszeiterhöhung?

RA/FAArbR Dr. Daniel Hund, LL.M. (NYU) / RAin Verena Holzbauer, München

DB1280137

S. 2310

ENTSCHEIDUNGEN

Arbeitsvertragsrecht

Rückzahlung einer tarifvertraglichen Sonderzuwendung bei Ausscheiden im Folgejahr

BAG, Urteil vom 27.06.2018 – 10 AZR 290/17

DB1280593

S. 2311



DER KONZERN

www.der-konzern.de

9

Seite 325 – 368
September 2018
16. Jahrgang



D3-L213

>> Konzernrecht • Steuerrecht • Rechnungslegung

Herausgeber: Prof. Dr. Stefan Simon • Prof. Dr. Andreas Cahn • Dr. Klaus-Dieter Stephan • Dr. Jens Hageböke • Prof. Dr. Ingo Stangl • Prof. Dr. Hans-Joachim Böcking • Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

AUFSÄTZE

- Christian Koehler*
Der grenzüberschreitende Gewinnabführungsvertrag mit einer ausländischen GmbH 325
- Erik Schmid*
Verwählt – Die (provozierte) Nachwahl von Arbeitnehmervertretern für den Aufsichtsrat 335
- Julia Busch/Christian Zwirner*
Behandlung passiver Unterschiedsbeträge aus der Konsolidierung nach HGB 339

ENTSCHEIDUNGEN

- KG Berlin*
Zum Ausschluss der Arbeitnehmer ausländischer Konzernunternehmen von der Wahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat 345
- OLG München*
GmbH & Co. KG: Beschlüsse zur Feststellung von Jahresabschlüssen 347
- LG Frankfurt/M.*
Statusverfahren über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats bei einer SE 354
- LG München I*
Unternehmerische Mitbestimmung im Rahmen der Umwandlung von einer AG in eine SE 356
- BFH*
USt: Bemessungsgrundlage bei Tauschumsätzen – Keine Minderung der Bemessungsgrundlage um Verluste aus Folgeverkäufen 358
- FG Düsseldorf*
Pensionstreuhand: Einkünfteerzielungsabsicht – Anwendung des § 8b Abs. 5 KStG 361

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

- OFD Karlsruhe*
Organträgergemeinschaft eines BgA bzw. einer Eigengesellschaft 366

Im Abonnement enthalten:

Owlit
Suchen. Finden. Wissen.

Handelsblatt
FACHMEDIEN

AUFSÄTZE

KONZERNRECHT

Aktienrecht/GmbH-Recht

Der grenzüberschreitende Gewinnabführungsvertrag mit einer ausländischen GmbH

RA Dr. Christian Koehler, LL.M., Berlin

Der Gewinnabführungsvertrag (GAV) verpflichtet die gewinnabführende AG oder KGaA, ihren ganzen Gewinn an ein anderes Unternehmen abzuführen. Er ist Voraussetzung für die körperschaftsteuerliche Organschaft. Es sollen die Erkenntnisse für den deutschen GAV auf das internationale Gesellschaftsrecht übertragen und der grenzüberschreitende GAV mit einer ausländischen GmbH und einer deutschen Muttergesellschaft beleuchtet werden.

DK1273466

S. 325

Mitbestimmungsrecht/Aktienrecht

Verwählt – Die (provozierte) Nachwahl von Arbeitnehmervertretern für den Aufsichtsrat

RA/FAArbR Dr. Erik Schmid, München

Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied der Arbeitnehmer aus dem Aufsichtsratsgremium aufgrund einer Anfechtung der Wahl, seiner Abberufung oder des Verlusts der Wählbarkeit aus und stehen keine Ersatzmitglieder zur Verfügung oder ist seine Wahl wegen Nichterreichens des Geschlechteranteils unwirksam, muss dieses Mitglied ersetzt werden. Dabei stellt sich die Frage des Verhältnisses zwischen gerichtlicher Ersatzbestellung und Nachwahl.

DK1277133

S. 335

RECHNUNGSLEGUNG/CORPORATE GOVERNANCE

Rechnungslegung

Behandlung passiver Unterschiedsbeträge aus der Konsolidierung nach HGB

WP/StB Dr. Julia Busch/

WP/StB Prof. Dr. Christian Zwirner, beide München

Die gesetzlichen Vorschriften für die selteneren Fälle, dass bei der Kapitalkonsolidierung aus der Kapitalaufrechnung kein aktiver, sondern ein passiver Unterschiedsbetrag resultiert, wurden in den letzten Jahren mehrfach geändert. Die vergleichsweise weit interpretierbare aktuelle Gesetznorm wird durch die detaillierten Vorgaben des DRS 23 zur Behandlung passiver Unterschiedsbeträge konkretisiert und der Gestaltungsspielraum der Bilanzierenden damit deutlich eingeschränkt.

DK1273050

S. 339

ENTSCHEIDUNGEN

KONZERNRECHT

Aktienrecht/Mitbestimmungsrecht

Zum Ausschluss der Arbeitnehmer ausländischer Konzernunternehmen von der Wahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat

KG Berlin, Beschluss vom 02.11.2017 – 14 W 89/15

DK1271055

S. 345

Handelsbilanzrecht

GmbH & Co. KG: Beschlüsse zur Feststellung von Jahresabschlüssen

OLG München, Urteil vom 19.07.2018 – 23 U 2737/17

DK1279683

S. 347

Mitbestimmungsrecht/Aktienrecht

Statusverfahren über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats bei einer SE

LG Frankfurt/M., Beschluss vom 23.11.2017 –

3-05 O 63/17

DK1274177

S. 354

Aktienrecht/Mitbestimmungsrecht

Unternehmerische Mitbestimmung im Rahmen der Umwandlung von einer AG in eine SE

LG München I, Beschluss vom 26.06.2018 –

38 O 15760/17

DK1279681

S. 356

STEUERRECHT

Umsatzsteuer

USt: Bemessungsgrundlage bei Tauschumsätzen – Keine Minderung der Bemessungsgrundlage um Verluste aus Folgeverkäufen

BFH, Urteil vom 25.04.2018 – XI R 21/16

DK1273132

S. 358

Körperschaftsteuer

Pensionstreuhand: Einkünfteerzielungsabsicht – Anwendung des § 8b Abs. 5 KStG

FG Düsseldorf, Urteil vom 15.05.2018 – 6 K 357/15 K

DK1276325

S. 361

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

STEUERRECHT

Körperschaftsteuer/Gewerbesteuer

Organträgergemeinschaft eines BgA bzw. einer Eigengesellschaft

OFD Karlsruhe, Verfügung vom 19.07.2018 –

S 270.6/57-St 213

DB1276758

S. 366



Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler,
Köln/Dresden/München

(Geschäftsführender Herausgeber)

Prof. Dr. Reinhard Bork, Hamburg

Prof. Dr. Wolfgang Lücke, Dresden

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting,
Köln

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt,
Hamburg

Christian Armbrüster/Dan Schilbach

D&O-Versicherungsschutz für Ansprüche
nach § 64 Satz 1 GmbHG

S. 1853

Thomas C. Fallak

Digitale Auswertung von Buchhaltungs-
daten zur Ex-post-Feststellung des Ein-
tritts der Zahlungsunfähigkeit

S. 1860

EuGH, 21. 6. 2018

Widerklage des Arbeitgebers aus nach
Klageerhebung abgetretener Konzernfor-
derung vor Gericht des Arbeitnehmers

S. 1898

BGH, 12. 7. 2018

Vererbbarkeit eines Benutzerkontos in
sozialem Netzwerk

S. 1881

OLG Frankfurt/M., 27. 8. 2018

Zusammensetzung des Aufsichtsrats einer
aus einer AG umgewandelten SE nach recht-
lich gebotenem Soll-Zustand

S. 1874

KG, 26. 7. 2018

Zur Beurkundung der Gründung einer deut-
schen GmbH durch Baseler Notar

S. 1878

FG Düsseldorf, 18. 7. 2018

Insolvenzbedingter Ausfall einer privaten
Darlehensforderung als Verlust bei den
Einkünften aus Kapitalvermögen bei An-
zeige von Masseunzulänglichkeit

S. 1897



Mit EWIR 18/2018

39. Jahrgang
Heft 39
28. September 2018

Herausgeber:
RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:
Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfeft
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack
Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

EuGH zur Überprüfbarkeit von unklarer Wechselkursrisiko-Klausel auf Missbräuchlichkeit	A 75	Nr. 251
EuGH: Unlautere Vermarktung von SIM-Karten mit vorinstallierten Diensten	A 75	Nr. 252
BGH: EuGH-Vorlage zur Haftung von Sharehosting-Dienst	A 75	Nr. 253
BAG: Arbeitsvertragliche Ausschlussfrist und Mindestlohn	A 76	Nr. 254
OLG Frankfurt/M. zu Lösungsanspruch nach DSGVO gegen Google	A 76	Nr. 255
BRat zur Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen	A 76	Nr. 256
EU: Bekämpfung von Geldwäsche	A 76	Nr. 257

Aufsätze

<i>Christian Armbrüster</i> <i>Dan Schilbach, Berlin</i>	D&O-Versicherungsschutz für Ansprüche nach § 64 Satz 1 GmbHG	1853
<i>Thomas C. Fallak, Heidelberg</i>	Digitale Auswertung von Buchhaltungsdaten zur Ex-post-Feststellung des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit	1860

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

OLG Naumburg 16. 5. 2018 – 5 U 29/18	Recht der Sparkasse zur Kündigung eines langfristigen Sparvertrags wegen Niedrigzinsphase	1868
--------------------------------------	---	------

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

BFH	12. 6. 2018 – VIII R 32/16 +	Verlustberücksichtigung bei Aktienveräußerung unabhängig von der Höhe der Gegenleistung oder der anfallenden Veräußerungskosten	1872
OLG Frankfurt/M.	27. 8. 2018 – 21 W 29/18	Zusammensetzung des Aufsichtsrats einer aus einer AG umgewandelten SE nach rechtlich gebotemem Soll-Zustand zum Zeitpunkt der Umwandlung	1874
KG	26. 7. 2018 – 22 W 2/18	Zur Beurkundung der Gründung einer deutschen GmbH durch Baseler Notar	1878

Vertrags- und Haftungsrecht

BGH	12. 7. 2018 – III ZR 183/17 +	Vererbbarkeit eines Benutzerkontos in sozialem Netzwerk	1881
-----	-------------------------------	--	-------------

Insolvenz- und Sanierungsrecht

LG Würzburg	6. 2. 2018 – 71 O 1592/16 Ins	Zur Anfechtbarkeit von Honorarzahlungen an Sanierungsberater für die Erstellung eines Sanierungskonzepts in der Unternehmenskrise	1891
AG Hamburg	17. 9. 2018 – 67g IN 173/17	Zuständigkeit des Rechtspflegers für Bestellung eines Insolvenzverwalters nach Aufhebung des Eigenverwaltungsverfahrens („Rickmers III“)	1896
FG Düsseldorf	18. 7. 2018 – 7 K 3302/17 E	Insolvenzbedingter Ausfall einer privaten Darlehensforderung als Verlust bei den Einkünften aus Kapitalvermögen bei Anzeige von Masseunzulänglichkeit	1897
LG Frankfurt/O.	24. 5. 2017 – 13 T 20/16	Ermittlung des Zuschlags zur Insolvenzverwaltervergütung für im Rahmen der stillen Zwangsverwaltung übernommene Tätigkeiten (LS)	1898

Verfahrens- und Vollstreckungsrecht

EuGH	21. 6. 2018 – Rs C-1/17	Widerklage des Arbeitgebers aus nach Klageerhebung abgetretener Konzernforderung vor Gericht der Klage des Arbeitnehmers („Petronas Lubricants Italy“)	1898
BGH	9. 5. 2018 – I ZB 77/17	Zur Aufhebung des Beschlusses des Oberschiedsgerichts in einem zweistufigen Schiedsverfahren (LS)	1900
BGH	9. 5. 2018 – I ZB 62/17	Zur Kostenerstattung bei nicht notwendiger Hinzuziehung eines auswärtigen Rechtsanwalts („Auswärtiger Rechtsanwalt IX“) (LS)	1900